



ENTEIGNEN STATT BAUEN Wie Berlin den Sozialismus wiederentdeckt



ARBEITSZEIT
Zurück zur Stechuhr

ALTERSVORSORGE
**Ist die Rente
noch zu retten?**

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley,
Jürgen von Meer
Projektleitung: Andreas Oberholz

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

oben: picture alliance/Bernd von Jutrczenka/dpa
unten: picture alliance/dpa

Druckauflage

2. Quartal/2019:

26 000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Pro-Idee GmbH & Co KG bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Die Union braucht mehr Profil und eine klare Sprache

auch Wochen nach der krachenden Wahlniederlage sind die politischen Nachbeben in den „großen“ Koalitionsparteien deutlich zu spüren. Um es gleich vorwegzunehmen: An diesem Desaster gibt es nichts schönzureden. Auch nicht der Verweis darauf, stärkste politische Kraft zu sein. Die Union fuhr mit 28,9 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl überhaupt ein. Ohne die stabile CSU sähe das Ergebnis noch schlechter aus.

Noch scheint die Botschaft der Wähler bei der Union nicht richtig angekommen zu sein. Der Streit über den richtigen Umgang mit dem Rezo-Video war gerade abgeklungen, da brach eine völlig unnötige Debatte über die CDU-Kanzlerkandidatur vom Zaun. Wir sind noch immer auf der Suche nach einem Rezept, um das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen.

Aus meiner Sicht stecken wir in einem Dilemma. Einerseits besteht vor allem an der Basis der CDU der Wunsch nach einem deutlich konservativeren und marktwirtschaftlicheren Profil. Viele Mitglieder vermissen im Koalitionsvertrag die eigene Handschrift. Zu oft haben wir den Kompromiss mit der SPD bereits vorweggenommen – und damit weder der Union noch der SPD, geschweige denn dem Land einen Gefallen getan. Andererseits erwarten viele Bürger zu Recht, dass die Regierung ihrer Aufgabe nachkommt und regiert. Sie wollen keinen Streit, sie wollen Ergebnisse.

Das Problem: Wir schaffen es derzeit nicht, zur gleichen Zeit zu regieren und mit den jeweiligen Kernthemen für die Wähler unterscheidbar zu bleiben. Um einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, können wir nicht den Selbstfindungsprozess der SPD abwarten. Wir müssen jetzt selbst aktiv werden:

1. Problemanalyse vornehmen! Zunächst müssen wir gemeinsam die Krise der Volksparteien verstehen. Wenn wir uns nicht einmal darin einig sind, wie wir in diese Lage geraten sind, wie sollen wir dann gemeinsam einen Ausweg finden? Der Schlüssel liegt darin, auf die Wähler und Mitglieder und ihren gesunden



Menschenverstand zu hören: Unsere Wähler und unsere Basis haben ein gutes Gespür dafür, was Politik leisten kann und was nicht. Sie erwarten zu Recht, dass die Grenzen sicher sind, dass der Sozialstaat nur gezielt und nicht mit der Gießkanne umverteilt und dass sich die Politik auch in der EU an die selbst gesetzten Regeln hält. Sie erwarten von uns, dass wir auf große Probleme wie den Klimawandel kluge, international abgestimmte Lösungen finden. Sie erwarten hingegen nicht, dass die Politik ihnen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Sie wollen ihr Leben selbst jeden Tag ein Stück besser machen können, ohne dabei von der Politik gestört zu werden.

2. Mehr Tempo in der Großen Koalition! Die Bundesregierung muss schleunigst zwei akute Streitpunkte abräumen und die Soli-Abschaffung sowie die Grundrente wie im Koalitionsvertrag vereinbart umsetzen. Vertragstreue ist hier das A und O. Die Kröte, die dann die Union zu schlucken hat, betrifft den Soli, denn im ersten Schritt würde er nur für 90 Prozent der Soli-Zahler abgeschafft. Auf der anderen Seite bliebe es bei einer Grundrente mit Bedarfsprüfung (siehe auch S. 16-19). Zugleich ist die von Union und SPD vereinbarte Revisionsklausel zur Überprüfung der Regierungsarbeit als Chance zu sehen. Dazu müssen die Unionsparteien jetzt mutig drei bis fünf Punkte definieren, die unbedingt umgesetzt werden sollen. Beides ist notwendig: Vor der Revision gewichtige Streitthemen abräumen und nach der Revision zusätzliche Räume zur Profilierung konsequent nutzen. Das gilt sowohl für die Unionsparteien als auch für die SPD. Die Bürger erwarten kluge, mutige Lösungen statt den kleinsten gemeinsamen

Nenner zulasten der Steuerzahler und zukünftiger Generationen.

3. Klare Prinzipien, klare Sprache! Für unsere gemeinsamen Positionen und Prinzipien sollten wir offensiv werben, auch in den sozialen Medien. Wir dürfen keiner Debatte aus dem Weg gehen, nur weil wir fürchten, am Ende nicht alle zu überzeugen. Nur weil wir die einfachen Lösungen der Linken und Rechten nicht teilen, heißt das nicht, dass es keine klaren Positionen gibt, die mit unseren Werten und Prinzipien vereinbar sind. Um diese Lösungen zu beschreiben, braucht es keine 75 Seiten Wahlprogramm, in dem sich alles und nichts wiederfindet. Drei Seiten gefüllt mit klaren Hauptsätzen reichen.

Ich bin überzeugt: Es ist möglich, gleichzeitig klare Positionen zu vertreten und verantwortungsvoll zu regieren. Die SPD sollte sich dem beschriebenen Ausweg aus dem GroKo-Dilemma anschließen. Fehlt ihr dazu die Kraft, dann sollten wir einen Strich ziehen und die Große Koalition beenden.

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann
MIT-Bundsvorsitzender

**MIT:EDITORIAL****Die Union braucht mehr Profil und eine klare Sprache** 3

von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE**Enteignungen sind Unsinn** 8

von Gregor Mayntz

Mehr Planwirtschaft führt nicht zur Problemlösung. Experimente mit Enteignungen machen das Problem am Ende nur größer.

MIT:TITEL

Enteignungsdebatte

Wie Berlin den Sozialismus wiederentdeckt 12

In der Hauptstadt wachsen die Mieten rasant. Die Wohnungsgesellschaften stehen unter Druck. Was ist los in Berlin?

**Zukunft der Altersvorsorge
Ist die Rente noch zu retten?** 16

Nach dem Rentenpaket laboriert die Große Koalition an einer Grundrente. Die wichtigste Frage bleibt offen: Wie kann das Rentensystem grundlegend auf sichere Füße gestellt werden?



Arbeitszeiterfassung

Kommt jetzt die Stechuhr-Pflicht? 20

Arbeitgeber sollen die Arbeitszeiten aller Angestellten systematisch erfassen. Das geht an der Realität vorbei. Statt mehr Bürokratie braucht es mehr Flexibilität.

MIT:INTERVIEW

Tilman Kuban im Interview

„Koalition sollte sich weniger profilieren und mehr regieren“ 22

Der neue JU-Vorsitzende beklagt im Interview, dass in der CDU zu lange eine Meinung vorgegeben wurde.



28

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollte Deutschland auf eine Fertigstellung von Nord Stream 2 drängen?

Thomas Bareiß und Sarah Gillen diskutieren.

26

MIT:ERKLÄRT

Klimaschutz

Wie funktioniert der Emissionshandel?

Der CO₂-Zertifikatehandel bietet Unternehmen einen Anreiz, umweltfreundlicher zu produzieren. Wie funktioniert das System und führt es zu einem besseren Klima?

28

MIT:FAKTEN

6,9

Die Deutschen kommen im Schnitt auf eine 35-Stunden-Woche, die Wartezeit auf einen Handwerker steigt und immer mehr Selbstständige sorgen sich ums Alter.

MIT:INSIDE

EU-Check

30

Neumitglieder

34

Mitgliederstatistik

35

26





Deutsche arbeiten 35 Stunden pro Woche

Die deutschen Erwerbstätigen arbeiten im Durchschnitt 35 Stunden in der Woche. Bei einem Vollzeitjob sind es laut Statistischem Bundesamt durchschnittlich 41 Stunden pro Woche. Teilzeitbeschäftigte kommen auf 19 Stunden. Damit hat sich die Wochenarbeitszeit seit 28 Jahren kaum verändert: Seit 1991 arbeiten Vollzeitbeschäftigte circa 40 Stunden in der Woche. Deutlich gefallen ist hingegen die Arbeitszeit von Selbstständigen in Vollzeit. Sie arbeiten zwar weit mehr als Angestellte und kommen auf wöchentlich 48 Stunden. 1991 waren es aber noch 54 Stunden.

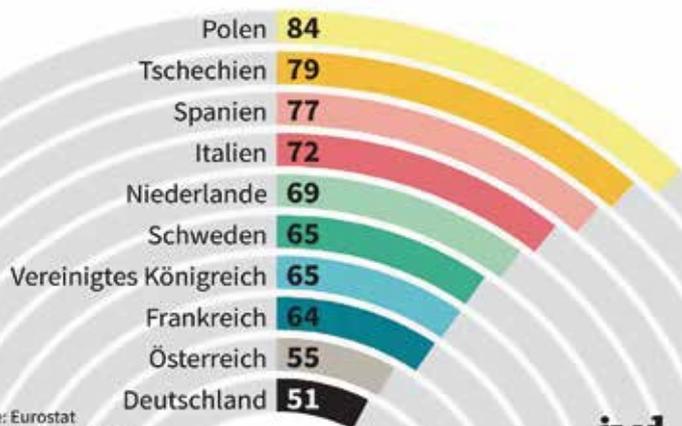
Gesellschaftliche Herausforderungen aus Unternehmenssicht

Eine lebenswerte Region gestalten (18 Prozent), den demografischen Wandel bewältigen (15 Prozent), eine bessere Integration gewährleisten (14 Prozent) und Armut bekämpfen (13 Prozent): Das sind nach Ansicht der deutschen Wirtschaft die wichtigsten Themenfelder für gesellschaftliches Engagement an ihrem Unternehmensstandort. Befragt wurden rund 7.400 in Deutschland ansässige Unternehmen in einer Studie des Stifterverbandes und

der Bertelsmann-Stiftung. Jeder vierte bis fünfte Betrieb auf dem Land sieht als Top-Herausforderungen den demografischen Wandel (25 Prozent) und die Gestaltung einer lebenswerten Region (22 Prozent). Die städtischen Unternehmen nennen eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (16 Prozent) und die Bekämpfung von Armut (14 Prozent) als wichtigste gesellschaftliche Aufgaben.

Wohnen im Eigentum: Der Europavergleich

So viel Prozent der Bürger lebten 2017 in den eigenen vier Wänden

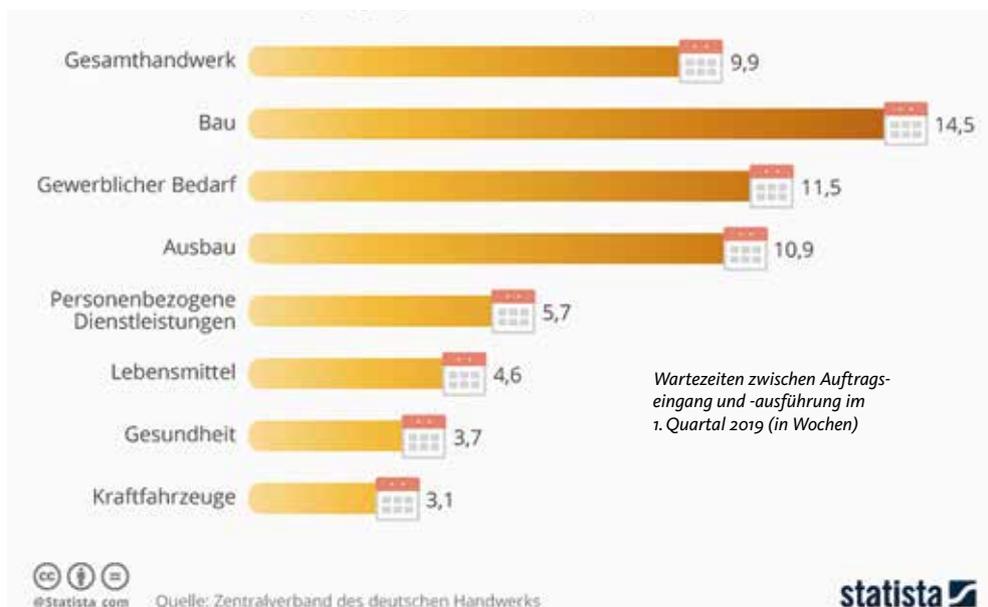


Kabinett bringt Forschungsförderung auf den Weg

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung auf den Weg gebracht. Ab 2020 sollen alle Arten von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben steuerlich gefördert werden können. Die Förderung soll insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Investitionen ermöglichen. Dazu sollen Personalausgaben für Forschung und Entwicklung bis maximal zwei Millionen Euro pro Jahr steuerlich begünstigt werden. Auf 25 Prozent davon soll eine steuerliche Zulage gewährt werden. Jedes Unternehmen kann also maximal 500.000 Euro jährlich erhalten. Nach fünf Jahren soll das Gesetz evaluiert werden. Dem Gesetz müssen Bundestag und Bundesrat zustimmen.

Zehn Wochen warten auf den Handwerker

Wer derzeit einen Handwerker sucht, braucht Geduld. Im Schnitt müssen Kunden hierzulande fast zehn Wochen Wartezeit einplanen, bis ein Auftrag erfüllt werden kann. Das geht aus dem aktuellen Konjunkturbericht des Handwerks im Frühjahr 2019 hervor. Am längsten sind die Wartezeiten im Baugewerbe mit etwa 14,5 Wochen. Grund für die insgesamt langen Wartezeiten ist die hohe Kapazitätsauslastung. Darum planen die Handwerksbetriebe über alle Branchen hinweg neues Personal einzustellen – 2019 voraussichtlich 30.000 neue Mitarbeiter. Der Bedarf ist laut Zentralverband des deutschen Handwerks noch größer, allerdings fehlt geeignetes Personal.

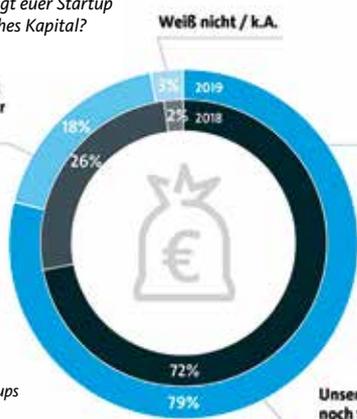


Deutsche Startups denken über Abwanderung nach

Kapitalbedarf: Startups fehlen im Schnitt 3,2 Mio. Euro

Ist euer Kapitalbedarf bereits gedeckt, oder benötigt euer Startup hierfür noch frisches Kapital?

Unserem Startup steht ausreichend Kapital zur Verfügung



Wir schätzt ihr den Kapitalbedarf euer Startup in den nächsten zwei Jahren ein?

Ø Kapitalbedarf

3,2 Mio. €

2018: 3,1 Mio. €

2017: 2,5 Mio. €

Links: Alle befragten Startups, die einen Kapitalbedarf angegeben haben (2019: n=222 | 2018: n=208 | 2017: n=186)

Rechts: Alle befragten Startups (2019: n=321 | 2018: n=302 | 2017: n=252)

Quelle: Bitkom Research

Angesichts der seit Jahren schwierigen Finanzierung von Startups denken viele deutsche Gründer über einen Umzug ins Ausland nach. Aktuell überlegt jeder Vierte (27 Prozent), mit dem eigenen Startup ins Ausland zu gehen, weil es in Deutschland zu wenig Kapital gibt. Im Schnitt benötigen deutsche Startups für die kommenden zwei Jahre 3,2 Millionen Euro. 2017 waren es noch 2,5 Millionen Euro. Gleichzeitig gibt nicht einmal jedes fünfte Startup (18 Prozent) an, dass dieser Kapitalbedarf bereits gedeckt ist. Vor einem Jahr hatten noch 26 Prozent der Startups genug Kapital für die kommenden beiden Jahre. Das ist das Ergebnis einer Befragung von mehr als 300 Startups im Auftrag des Digitalverbands Bitkom.

„Angezählt“



Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Deutschland mit 5,6 Prozent innerhalb der EU am niedrigsten. Das entspricht circa 244.000 Jugendlichen. Nach Angaben von Eurostat lag die EU-weite Erwerbslosenquote der 15- bis 24-Jährigen im März 2019 bei 14,5 Prozent – das ist mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt aller Altersgruppen (6,5 Prozent). Die höchste Jugenderwerbslosenquote hatte Griechenland (39,7 Prozent); es folgen Spanien (33,7 Prozent) und Italien (30,2 Prozent).

Enteignungen sind Unsinn

Von
Gregor Mayntz

Die Situation der Mieter darf niemand auf die leichte Schulter nehmen. Wo sich vernünftiges Wohnen in der Nähe von Arbeit, Schulen, Kultur und Ärzten immer weniger Familien, Paare und Alleinlebende leisten können, geht mittelfristig das Vertrauen in das Funktionieren der Demokratie verloren. Die Politik tut deshalb gut daran, die Anreize für den Bau von mehr Wohnungen zu erhöhen. Denn die Preise steigen nicht nur, weil es immer mehr Menschen in die Städte zieht. Sie gehen dort auch deshalb rauf, weil es nicht genügend Wohnraum gibt. Zu besichtigen ist hier ein Paradebeispiel für das volkswirtschaftliche Einmaleins, wonach Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen.

In der aktuellen Debatte ist jedoch auch das kleine Einmaleins des politischen Unsinn zu besichtigen. Wer mehr Wohnungen braucht und diejenigen enteignet, die mehr Wohnungen schaffen, wird am Ende die Knappheit vergrößert und die Mietpreise erhöht haben. Über viele Jahre hatten sich die Berliner daran gewöhnt, in einer attraktiven Weltmetropole leben zu können und trotzdem vergleichsweise geringe Mieten zahlen zu müssen. Umso mehr schlagen nun die teils heftigen Steigerungen bei Immobilien auf die Emotionen. Das Volksbegehren zur Enteignung von Mietwohnungsunternehmen hat im ersten Schritt fast vier Mal mehr Unterschriften einsammeln können, als für diese Phase nötig war.

Sollten die Initiatoren Erfolg haben, wird das ein immens teurer Rohrkreier. Nach verschiedenen Studien



Gregor Mayntz (59) arbeitet als Chefreporter im Berliner Hauptstadtbüro der Rheinischen Post. Er promovierte mit einer Dissertation über die Parlamentsberichterstattung.

könnten für die angepeilte Enteignung rund 30 Milliarden Euro fällig werden. Auf jede gratis und gern gegebene Unterschrift heruntergerechnet, wäre das jeweils der Gegenwert eines Einfamilienhauses. Ob diese Dimension den Unterzeichnern bewusst ist? Das Geld könnte die Stadt unmöglich selbst erwirtschaften, sondern müsste es etwa aus dem Länderfinanzausgleich nehmen. Zudem hätte sie auch kein Geld mehr, um selbst Wohnungen für landeseigene Vermieter zu bauen. Wie kurzsichtig in Berlin politisiert wird, lässt sich auch an der Diskussion über ein Einfrieren der Mieten für fünf Jahre ablesen. Erst als die „eigenen“ Wohnungsunternehmen dezent darauf hinwiesen, dass dann die Wohnungen verfallen, weil sie nicht mehr saniert und ökologisch modernisiert werden, wurde die Debatte sachlicher.

Deutlich besser wäre es natürlich, dort in die Puschen zu kommen, wo der Neubau unter bürokratischen Problemen leidet. Die Zahl der Genehmigungen ist in Berlin erneut zurückgegangen. Auch bei den landeseigenen Bauprojekten musste der Senat einräumen, dass die eigenen Pläne nicht erreicht werden, weil die baurechtlichen Bedingungen komplizierter geworden sind.

Alle Bauherren leiden darunter, dass es mit der Feuerleiter nicht mehr getan ist, sondern Extra-Treppenhäuser gebaut werden müssen. Sie haben noch keine Antwort darauf, wie sie die energetischen Vorschriften, die daraus folgende Herausforderung der Schimmelbildung und zugleich niedrige Quadratmeterpreise unter einen Hut bringen sollen. Jeder Politiker sollte sich zudem fragen, was es mit der Bereitschaft zum Mietwohnungsbau macht, wenn etwa die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieten umgelegt werden soll. Was kurzfristig die Mieter entlasten könnte, verknappt mittelfristig das Angebot und macht die Mieten teurer.

Natürlich muss die Politik in der Sozialen Marktwirtschaft mit Wohngeld auf der einen und mit Stopp von Auswüchsen auf der anderen Seite eingreifen. Wo sich Vermieter mit fragwürdigen Methoden bereichern, sind Staatsanwalt und Gesetzgeber gefragt. Aber nicht mehr Planwirtschaft führt zur Problemlösung. Experimente mit Enteignungen machen das Problem am Ende nur größer. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Hohe Arbeitskosten in Deutschland

Die Arbeitskosten in Deutschland (35 Euro/Arbeitsstunde) liegen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes insgesamt satte 32 Prozent über dem EU-Durchschnitt (26,60 Euro/Arbeitsstunde). Damit liegt Deutschland auf Platz 6 der Skala. Spitzenreiter bei den Arbeitskosten ist Dänemark (44,70 Euro), auf dem letzten Platz liegt Bulgarien (5,30 Euro).

Ein detaillierter Blick in die Statistik zeigt: Im verarbeitenden Gewerbe, das besonders stark im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland 2018 durchschnittlich 40,00 Euro. Beschränkt auf diesen Wirtschaftsbereich lag Deutschland im EU-Vergleich auf Rang 4. Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie war damit 48 Prozent teurer als im EU-Durchschnitt (27,00 Euro). Bei den marktbestimmten Dienstleistungen lag Deutschland mit Arbeitskosten von 32,40 Euro pro Arbeitsstunde europaweit auf dem 9. Platz (22 Prozent über dem EU-Durchschnitt).

Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft 2018*



* Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen
Quelle: Statistisches Bundesamt



Freies und imperatives Mandat

Gewählte Abgeordnete sind bei Abstimmungen als Träger des freien Mandats nur ihrem Gewissen verpflichtet. Sie müssen keine Weisungen oder Aufträge beispielsweise von Parteien befolgen – auch wenn die Fraktionsdisziplin in der Realität das freie Mandat oft einschränkt. Das freie Mandat wird den Abgeordneten durch das Grundgesetz zugesichert. Im Gegensatz dazu steht das imperative Mandat: Es bindet den Abgeordneten an den Wählerwillen oder an die Weisungen der Partei oder Fraktion. Diese Form existierte in der Räte-demokratie in einigen revolutionären Regierungen, spielt aber in modernen Demokratien keine Rolle mehr. Die Mitglieder des Bundesrates verfügen übrigens weder über ein freies noch ein imperatives Mandat. Sie handeln – um den Interessen der Bundesländer Geltung zu verschaffen – nach einer einheitlichen, im Kabinett gemeinsam erarbeiteten Grundlinie.

Angst vor Altersarmut bei Selbstständigen

Neun von zehn Selbstständigen und Freiberuflern in Deutschland würden sich auch heute wieder selbstständig machen. Und fast die Hälfte unter ihnen will auch nach dem Verkauf der eigenen Firma weiterhin selbstständig tätig bleiben (47 Prozent). Auf der anderen Seite sorgen sich fast zwei Drittel um ihre finanzielle Absicherung im Alter (62 Prozent). Unter selbstständigen Frauen spricht sogar jede Fünfte von „sehr großen Sorgen“. Die repräsentative Studie wurde von der Forschungsgruppe YouGov Deutschland und der Quirin Privatbank durchgeführt.



Google Ads

Der Columbus Verlag ist die älteste noch produzierende Globus-Manufaktur der Welt. Durch Google Ads findet das Unternehmen neue Kunden – und stellt nun zusätzlich Personal ein.



Torsten Oestergaard führt den Columbus Verlag in der vierten Generation. Seit er im Internet Anzeigen schaltet, wächst sein Geschäft.

» Mit Onlinemarketing haben wir zweistellige Wachstumsraten «

AUF DER SCHWÄBISCHEN ALB ist die Erschaffung der Welt noch immer Handarbeit. Zwölf Segmente aus Spezialpapier – unten jeweils mit einem kleinen Stückchen Südpol – schmiegen sich gut geleimt an eine mundgeblasene Kristallgaskugel. Überlappen dürfen sie sich nur so, dass die Schatten fein wie Längengrade aussehen.

Das ist das Grundprinzip, mit dem der Columbus Verlag seit mehr als 110 Jahren Globen baut. Etwa 80 verschiedene Modelle bietet Columbus in Serien-

produktion an, der kleinste misst im Durchmesser zwölf Zentimeter, der größte zwei Meter. Für Entdeckertypen gibt es die Welt in Brauntönen, für Puristen ganz in Weiß, für Freunde der gehobenen Einrichtung auf einem Gestell aus 400 Jahre alter Mooreiche. Und wer es lieber glitzernd mag, lässt Highlights mit Strasssteinchen setzen.

»Personalisierung ist immer stärker gefragt«, sagt Torsten Oestergaard, der das Unternehmen in vierter Generation führt. »Heute stellen wir 100 Globen im Monat

nach individuellen Vorgaben her. Wenn Sie einen Globus passend zu Ihrem Sofa möchten, machen wir den.« Auf diese Weise sowie durch hohe Verarbeitungsqualität und Innovationen setzt sich Columbus gegen Konkurrenz aus China durch. Die Globen können längst auch mit Smartphones kommunizieren. Via App lässt sich eine zusätzliche Dimension um die Kugel legen: Auf dem Handy-Display tauchen dann passend zur jeweiligen Region die Wetterdaten und Satellitenbilder auf.



Direkt und kompakt: So nutzt der Columbus Verlag Google Ads. Die Anzeige erscheint neben entsprechenden Suchergebnissen bei Google.

Die Individualisierung und Digitalisierung der Herstellung spiegeln sich auch im Onlinemarketing. Seit einigen Jahren schaltet Torsten Oestergaard Google Ads. Die Kampagnen steuert er gemeinsam mit seinem Sohn Niklas, der vor Kurzem ins Unternehmen eingestiegen ist. Die beiden haben inzwischen ein Portfolio an Anzeigen angelegt, die zu bestimmten Zeiten in Verbindung mit bestimmten Suchbegriffen regional angepasst platziert werden.

»Besonders gut finde ich die Option, Anzeigen an bestimmten Kundengruppen zu orientieren«, sagt Niklas Oestergaard. »So kann ich der jeweiligen Zielgruppe die Version mit dem jeweils passenden Text anzeigen.«

Einen Webshop unterhält der Columbus Verlag bereits seit 1999. Der Einsatz von Google Ads brachte in den vergangenen Jahren viele neue Kunden auf die Webseite der Baden-Württemberger.

13,4 %

Um diesen Prozentsatz wuchs der Onlineumsatz von Columbus Globen vergangenes Jahr.

»Durch Google Ads hatten wir allein im vergangenen Jahr zweistellige Wachstumsraten«, sagt Torsten Oestergaard: Um mehr als 13 Prozent stieg der Onlineumsatz im Vergleich zum Vorjahr.

Die Oestergaards sehen im E-Commerce noch großes Potenzial. In Kürze wird Columbus Globen einen neuen Mitarbeiter einstellen, der sich ausschließlich um die Platzierung von Google Ads kümmert. »Wir nutzen ja gerade erst einen Bruchteil der Möglichkeiten, die uns im Onlinemarketing zur Verfügung stehen«, sagt Torsten Oestergaard. »Mit Google Ads holen wir Menschen und ihre Wünsche direkt zu uns.«

Von neuen Kunden gefunden werden mit Anzeigen in der Google-Suche

- 1 Starten Sie jetzt unter g.co/durchstarten
- 2 Melden Sie sich bei Google Ads an
- 3 Wählen Sie Ihr Werbeziel aus und starten Sie mit Ihrer ersten Anzeige
- 4 Legen Sie Ihr Budget fest, geben Sie Ihren Gutscheincode ein und erhalten Sie 75 € Werbeguthaben, wenn Sie 25 € investieren *

* Es gelten die Gutscheinbedingungen. Mehr Informationen finden Sie auf dem Gutschein.

*Gutscheinbedingungen: 1. Dieser Gutschein wird Ihnen von der Google Ireland Limited, Gordon House, Barrow Street, Dublin 4, Irland (»Google«) zur Verfügung gestellt. 2. Das Angebot ist beschränkt auf Kunden mit einer Rechnungsadresse in Deutschland. Jeder Google Ads-Kunde darf nur einen Gutschein einlösen. 3. **Aktivierungsprozess:** Der Gutscheincode muss im Google Ads-Konto vor dem 31. Dezember 2019 eingelöst werden. Um an diesem Angebot teilnehmen zu können, müssen Sie den Code innerhalb von 14 Tagen nach der ersten Ad-Impression eingeben, die für Ihr erstes Google Ads-Konto erfolgt ist. 4. **Wie man den Gutschein einlöst:** Nachdem der Gutscheincode eingegeben wurde, müssen Sie in diesem Google Ads-Konto Kosten abzüglich Steuern in Höhe von 25 € innerhalb von 30 Tagen generieren. Eine bloße Einzahlung des jeweiligen Betrages ist nicht ausreichend, um den Gutscheincode einzulösen. Die Kosten, die für die Aktivierung des Gutscheincodes benötigt werden, werden ab dem Eingabedatum des Gutscheincodes berechnet. 5. Sobald Sie die Punkte 3 und 4 abgeschlossen haben, wird Ihnen die Gutschrift automatisch innerhalb von fünf Werktagen in Ihrem Abrechnungsverlauf gutgeschrieben. 6. Gutscheincodes beziehen sich lediglich auf zukünftige Werbekosten. Kosten, die vor der Gutscheincodeeingabe entstanden sind, fließen nicht in die Verrechnung des Gutscheincodes ein. 7. Nachdem Sie Ihre Gutschrift aufgebraucht haben, werden Sie keine gesonderte Benachrichtigung von Google Ads erhalten, zusätzliche Werbekosten werden von Ihrem Zahlungsmittel abgebucht. Wenn Sie nach dem Aufbrauch der Gutschrift keine Google Ads-Anzeigen schalten möchten, können Sie Ihre Kampagnen zu jeder Zeit pausieren oder löschen. 8. Um Gutscheincodes verwenden zu können, müssen Sie einen einwandfreien Abrechnungsverlauf vorweisen können und aktuelle Abbuchungsinformationen in Ihrem Google Ads-Konto hinterlegt haben. 9. Durch die Nutzung des Gutscheincodes erkennen Sie diese Gutscheinbedingungen und die ergänzenden Gutscheinbedingungen an unter: <http://www.google.de/intl/de/ads/coupons/terms.html>



Rufen Sie uns an: 0800 6270 909 (Mo. – Fr. 9:00 – 18:00 Uhr).

Wir unterstützen Sie kostenlos. **

** Kostenlose telefonische Starthilfe (Mo. – Fr. 9:00 – 18:00 Uhr) für Kunden, die 10 € pro Tag oder mehr ausgeben möchten. Die Dauer der Betreuung richtet sich nach Ihrem Werbebudget.

ENTEIGNUNGSDEBATTE

Wie Berlin den Sozialismus wiederentdeckt



Berlin hat ein Problem. Es wächst und hat nicht genug Wohnraum für seine neuen Einwohner. Deswegen steigen die Mieten. In den vergangenen zehn Jahren haben sie sich verdoppelt. Eine Initiative fordert die Vergesellschaftung von Wohnungen. Die Wohnungsgesellschaften stehen unter Druck.

Das RAW-Gelände im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist eine der Partymeilen Berlins. Der Bezirk ist vor allem bei Touristen und all jenen beliebt, die unbedingt in Berlin leben möchten. Berlin war für viele schon immer ein Sehnsuchtsort, aber in den Nullerjahren erlebte die Stadt ein neues Hoch, auch angestoßen durch den berühmt-berüchtigten „Arm aber sexy“-Ausspruch des einstigen Bürgermeisters Klaus Wowereit. Über sexy kann gestritten werden, arm trifft aber zweifelsohne zu. Diese Armut hatte einen für viele Bewohner positiven Aspekt – spottbillige Mieten. Wunderschöne Altbauwohnungen, zentral gelegen, für fast jeden Geldbeutel bezahlbar – das war durchaus eines der Berliner Erfolgsmodelle. Denn die günstigen Mieten lockten junge Menschen an, die oft gut ausgebildet waren und sich in der Hauptstadt verwirklichen wollten. Sie gründeten Unternehmen und dank der günstigen Mieten hatten sie keinerlei Probleme, Mitarbeiter und Geschäftsräume zu finden. Ohne die günstigen Mieten gäbe es heute vielleicht kein Zalando, kein Rocket-Internet, nicht die zahlreichen Co-Working-Spaces. Ohne die günstigen Mieten wäre Berlin heute nicht die Startup-Hauptstadt Deutschlands.

Aber kein Fortschritt ohne Verlierer. Packten die Gründer von Zalando zu Beginn die Päckchen noch teilweise selbst in kleinen Büros in der Torstraße, baut der börsennotierte Konzern heute riesige Bürokomplexe direkt bei der Eastside-Gallery für seine etwa 6000 Mitarbeiter. Im gleichen Zeitraum haben sich die Mieten in Berlin fast verdoppelt.

Berlin – Stadt der Demonstrationen

Berlin wäre nicht Berlin, wenn es dagegen keinen Widerstand gäbe. Es ist ein sonniger Samstagvormittag im Mai, und ein Bündnis aus verschiedenen Bürgerinitiativen und Verbänden hat zur Demonstration gegen die steigenden Mieten aufgerufen. Der Ort der Kundgebung ist eine Straße direkt neben dem RAW-Gelände. Hier konnte der Berliner einst einer seiner liebsten Beschäftigungen nachgehen: am Wochenende ordentlich feiern gehen. Dann kamen die Touristen und Drogendealer. Der Ort geriet in Verruf. So richtig schlimm wurde es aus Sicht vieler Berliner aber 2015. Damals wurde ein großer Teil des Geländes von einem Investor aufgekauft. Der will dort natürlich bauen, was wiederum den Ansässigen nicht passt und die Politik überfordert. Die reagiert dann mit ihrem Lieblingsinstrument: Sie verhängt einen Schutzstatus. Dieser gilt dann für einige Jahre. Während dieser Zeit darf meist nicht gebaut werden und die Beteiligten suchen nach einer Lösung.

Teil dieser Lösungsfindung sind in Berlin immer auch Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen Anwohner oder andere Betroffene erklären, was ihnen nicht passt. Dabei wundert ein wenig, wer hier eigentlich demonstriert. Es sind junge, zugezogene Menschen. Viele haben studiert, fast alle haben einen Abschluss. Die meisten sind hierher gezogen, um zu arbeiten und sich zu verwirklichen. Zum Beispiel Tom. Er ist 24 Jahre alt, Veranstaltungstechniker und wohnt seit drei Jahren in der Hauptstadt. Auf die Frage, ob er als Zugezogener mit fester Anstellung und akzeptablem Einkommen nicht auch Teil des Problems sei, blickt er überrascht auf. „Nein, ich bin nicht Teil des Problems. Das Problem sind Investoren, die mit dem Recht auf Wohnen Geld verdienen wollen.“ Aber sind es nicht die Zugezogenen, die die Alteingesessenen vertreiben, da sie bereit sind, höhere Mieten zu zahlen? „Ich bin trotzdem kein Gentrifizierer. Außerdem engagiere ich mich ja dagegen, zum Beispiel hier auf der Demo“, entgegnet Tom.



Marko Rosteck ist Pressesprecher bei der Wohnungsgesellschaft Deutsche Wohnen SE



Helge Peters ist einer der Sprecher der Initiative „Deutsche Wohnen & Co.“ enteignen

Als Gentrifizierung wird die innerstädtische Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte durch wohlhabendere Haushalte bezeichnet. Auch ein Grüppchen von fünf Demonstranten muss bei der Frage zunächst lachen. Dann stimmen sie aber durchaus zu. Ja, wer nach Berlin zieht und bereit ist, hohe Mieten zu zahlen, sei Teil des Problems. „Aber soll man jetzt einfach verbieten, nach Berlin zu ziehen? Das wäre auch Quatsch. Wir möchten hierher ziehen können, ohne andere dadurch zu vertreiben.“

Den Sozialismus in seinem Lauf...

Die Debatte um Mietpreise wird in Berlin schon seit einigen Jahren geführt. Bundesweite Aufmerksamkeit erhielt sie durch das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Helge Peters ist einer der Sprecher des Volksbegehrens. Er ist 35 Jahre alt, promovierter Geograph und lebt in Neukölln. Die Lage des Wohnungsmarktes in Neukölln beschreibt Peters so: „In anderen Bezirken, beispielsweise Prenzlauer Berg, sind die Verdrängungsprozesse schon weiter fortgeschritten. Auch in Neukölln merken wir, dass die Einschlüsse näher kommen.“ In Zahlen ausgedrückt: Zwischen 2007 und 2018 stiegen die Mieten in Neukölln um rund 150 Prozent. Allerdings: Im europäischen Vergleich liegen Berlins Mieten – immerhin eine Metropole in einem der reichsten Länder der Welt – gerade einmal im Mittelfeld. In London, Paris oder Stockholm werden teils doppelt so hohe Mieten gezahlt. Und trotz der rasanten Steigerung wohnt man in Berlin auch heute noch billiger als in München oder Hamburg. Statt von einer Krise des Berliner Mietmarktes könnte man also auch von einer Normalisierung sprechen. Die Nachfrage bestimmt den Preis, und Großstädte sind derzeit eben teurer als das Umland. Im Gegenzug werden aber auch höhere Gehälter bezahlt.

Enteignung oder Vergesellschaftung – was ist der Unterschied?

Enteignungen sind in Artikel 14 des Grundgesetzes geregelt. Sie sind nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig und müssen entschädigt werden. Die Höhe der Entschädigung bemisst sich an den Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten. Im Streitfall steht es den Betroffenen zu, vor Gericht zu ziehen. Enteignungen werden in Deutschland meist dann vorgenommen, wenn damit Infrastrukturprojekte realisiert werden können.

Die **Vergesellschaftung** wird in Artikel 15 des Grundgesetzes geregelt. Dort heißt es: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung [...] in Gemeingut oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Auf diesen Artikel berufen sich die Initiatoren des Volksbegehrens. Artikel 15 wurde in der Geschichte der Bundesrepublik allerdings noch nie angewandt. Ob er als rechtliche Grundlage zur Vergesellschaftung der Wohnungsgesellschaften ausreicht, muss sich erst zeigen.

Nicht so in Berlin. Denn während die Mieten steigen, stagnieren Gehälter und Löhne. Das real verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in der Hauptstadt stieg zwischen 2000 und 2016 um gerade einmal 1,3 Prozent. Zum Vergleich: In Hamburg waren es im gleichen Zeitraum 6,3 Prozent, in München 4,8 Prozent. Die Berliner geben im Durchschnitt 46 Prozent ihres Einkommens für Wohnen und Mieten aus. Das entspricht fast jedem zweiten verdienten Euro. Experten empfehlen, maximal ein Drittel des Einkommens in die Miete zu investieren. In einer Stadt, in der 85 Prozent der Einwohner zur Miete leben, überrascht es dann wenig, dass die Forderung nach Vergesellschaftung großer Wohnungsgesellschaften in Berlin so populär ist. Helge Peters wird grundsätzlich: „Wir werden den Wählerinnen und Wählern in Berlin eine Frage stellen: Was ist ihre Wohnung eigentlich? Ist es ihr Zuhause oder ist es ein Finanzprodukt? Geht es darum, zu wohnen, oder geht es darum, Geld für einen Investor zu machen? Bei 85 Prozent Mietern in dieser Stadt glaube ich zu wissen, wie diese Frage beantwortet wird.“

Bauen, bauen, bauen

Marko Rosteck, der Pressesprecher der Deutschen Wohnen, kann darüber nur den Kopf schütteln: „Die ganze Debatte hat mittlerweile so eine hohe Aufmerksamkeit, dass wir auch häufiger von ausländischen Journalisten kontaktiert werden. Die können gar nicht begreifen, wie Berlin, eine Stadt die vor 30 Jahren den Sozialismus überwunden hat, heute Enteignungsdebatten führen kann.“ Aus seiner Sicht wollen die Aktivisten keine sachliche Debatte führen, sondern eine Grundsatzfrage stellen. Er verweist auf den Mietendeckel. Damit will der Berliner Senat die Mieten in der Stadt für fünf Jahre einfrieren. „Die Ankündigung des Mietendeckels hatte keinerlei Auswirkungen auf die Forderungen der Aktivisten. Das legt den Verdacht nahe, dass es hier weniger um die Berliner Mieter oder um mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt geht, sondern um grundsätzliche gesellschaftspolitische Ziele“, sagt Rosteck. Den Mietendeckel sieht auch Christian Gräff, Landesvorsitzender der MIT Berlin und bau- und wohnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, kritisch: „Die undifferenzierte Debatte um einen Mietendeckel schadet den nachhaltig orientierten Vermietern.“ Energetische Sanierung und altersgerechter Umbau von Wohnungen würden in Berlin nicht mehr stattfinden. „Damit ist das eigentliche Ziel der Linken in der Stadt erreicht worden: Berlin zu einer Insel zu machen.“ Gräff und die CDU-Fraktion fordern einen runden Tisch für stabile Mieten und Wohnungsneubauten. Tatsächlich würde die Vergesellschaftung der Wohnungsgesellschaften keine einzige neue Wohnung schaffen. Die Deutsche Wohnen will schon lange in Berlin bauen: „Wir haben ein Grundstück in Charlottenburg, das wir bebauen wollen. Wir warten aber seit sechs Jahren auf eine Baugenehmigung“, sagt Rosteck. Die Deut-

Entwicklung der Mieten pro Quadratmeter in verschiedenen Großstädten von 2008 – 2018

Stadt	1. Halbjahr 2008	1. Halbjahr 2018	Veränderung zu 2018
Berlin	5,60 €	11,40 €	104 %
Bremen	6,20 €	8,20 €	32 %
Dortmund	5,20 €	7,00 €	35 %
Dresden	5,50 €	7,40 €	35 %
Düsseldorf	7,50 €	10,20 €	36 %
Essen	5,60 €	6,80 €	21 %
Frankfurt am Main	9,70 €	13,80 €	42 %
Hamburg	8,00 €	11,90 €	49 %
Hannover	5,80 €	8,80 €	52 %
Köln	8,20 €	10,70 €	30 %
Leipzig	4,80 €	6,50 €	35 %
München	11,10 €	17,90 €	61 %
Nürnberg	6,50 €	10,00 €	54 %
Stuttgart	8,70 €	12,30 €	41 %

sche Wohnen und der Bezirk Charlottenburg hätten lange verhandelt und mehrere Vereinbarungen getroffen. „Die Bezirksverwaltung ging dann zur Politik. Die war mit den Ergebnissen nicht einverstanden, und dann musste das gesamte Paket erneut aufgeschlüsselt werden. Das ist ein großes Problem in Berlin: In die Baugenehmigungsverfahren werden immer auch politische Forderungen eingemischt. Dadurch werden Verfahren verlangsamt und die Baukosten steigen“, berichtet er.

Fehlende Wohnungen sind tatsächlich das Hauptproblem in Berlin. Gäbe es mehr sozialen Wohnungsbau, wäre der Mietmarkt nicht so überhitzt. Berlin hat unter Klaus Wowereit zehntausende Sozialwohnungen verkauft, in der Annahme, das Wachstum der Stadt werde künftig stagnieren. Es kam anders. Das ist auch einer der Vorwürfe, die der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ oft gemacht werden: Enteignungen schaffen nun mal keine neuen Wohnungen. Helge Peters sagt, dass es der Initiative darum auch nicht gehe: „Vergesellschaftung soll keine neuen Wohnungen schaffen. Sie soll Verdrängung beenden. Natürlich sollen auch wieder mehr Wohnungen gebaut werden. Wir wollen aber zunächst die dramatische soziale Säuberung Berlins aufhalten.“ Peters zitiert eine Studie der Berliner Humboldt Universität. Die kam zu dem Ergebnis, dass 20 Prozent der Umzüge in Berlin nicht freiwillig sind, sondern die Folge von Verdrängung, etwa durch steigende Mieten. Dies könne laut Peters auch nicht im Interesse mittelständischer Unternehmen sein. Eine Umfrage der IHK Berlin kam zu

dem Ergebnis, dass 80 Prozent der Berliner IHK-Mitglieder Vergesellschaftungen ablehnen. „Im Umkehrschluss heißt das aber, dass 20 Prozent sich durchaus eine Vergesellschaftung vorstellen können. Es leiden ja auch kleinere Unternehmen unter den Mietsteigerungen, entweder weil sie selbst betroffen sind oder weil sie Schwierigkeiten haben, Mitarbeiter zu finden“, folgert Peters.

Marko Rostek von der Deutschen Wohnen ist sich in einer Sache sicher: „Die Lage wird sich weiter zuspitzen, wenn man die Trendwende zu mehr Wohnungen nicht schafft.“ Er würde sich wünschen, dass in Berlin „mit der gleichen Leidenschaft, mit der jetzt die Wohnungsgesellschaften bekämpft werden, für den Neubau von Wohnungen gekämpft wird. Wir müssen diese Debatte pragmatischer und kooperativer führen.“ ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de



ZUKUNFT DER ALTERSVORSORGE

Ist die Rente noch zu retten?

Nach Mütterrente, Rente mit 63, Erwerbsminderungsrente und doppelter Halte­linie laboriert die Große Koalition jetzt an einer Grundrente. Während Arbeits­minister Hubertus Heil seinen Wahlkampf-Bluff mit Luftbuchungen und nicht vorhandenen Steuereinnahmen kalkuliert, bleibt die wichtigste Frage weiter offen: Wie kann das Rentensystem grundlegend auf sichere Füße gestellt werden?

Den 1. Juli werden sich viele Rentner dick im Kalender eingetragen haben. Dann nämlich erhalten die rund 21 Millionen Rentner in Deutschland spürbar höhere Bezüge. In Westdeutschland legen die Renten um 3,18 Prozent zu, im Osten sogar um 3,91 Prozent. Wie schon in den vergangenen Jahren profitieren die Rentner von der guten Lage am Arbeitsmarkt und von deutlichen Lohnsteigerungen.

Die Kehrseite jedoch ist: Die steigenden Renten werden zur zunehmenden Belastung für alle Steuerzahler. Laut neuem Finanzplan des Bundes wird der Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung massiv ansteigen, bis zum Jahr 2023 auf jährlich 114 Milliarden Euro. Das wären 16 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr.

Angesichts einer wachsenden Zahl an Rentnern und bereits beschlossener Milliardenprojekte der Großen Koalition – unter anderem Rente mit 63, Mütterrente, Rentenangleichung Ost-West – verwundert das nicht. Bis 2023 werden die Sozialausgaben den Rekordwert von fast 200 Milliarden Euro pro Jahr erreichen. Das heißt: 53 Prozent der Steuereinnahmen werden

dann für Soziales ausgegeben. Und davon wiederum mehr als die Hälfte für die Rente.

Bis zu 447 Euro mehr

Dabei ist der pünktlich zur Europawahl eingebrachte Gesetzentwurf für eine Grundrente noch nicht einkalkuliert. Das Konzept, das Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) als „Respekt-Rente“ bemäntelt, sieht eine Aufwertung der Renten von rund drei Millionen geringverdienern mit mindestens 35 Beitragsjahren vor. Auch Teilzeitarbeit

sowie Kindererziehungs- und Pflegezeiten zählen mit. Dies war von Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Dort heißt es allerdings unmissverständlich: „Voraussetzung für den Bezug der Grundrente ist eine Bedürftigkeitsprüfung.“ Auf diese Prüfung verzichtet Heil nun aber. Jeder, der 35 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll automatisch eine Aufstockung erhalten – um bis zu 448 Euro im Monat, gleich ob er vermögend ist, einen vermögenden oder gut verdienenden Partner hat oder in Teilzeit dazuverdient hat. Wer sich dagegen in Vollzeit über Jahrzehnte eine Rente erarbeitet hat, die knapp über der Grundsicherung liegt, bekommt nichts dazu.

Rechtsprofessor Heinz-Dietrich Steinmeyer von der Universität Münster kommt in einem Gutachten daher zu dem Ergebnis, dass der Gesetzentwurf das Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung verletzt: Zwischen den eingezahlten Beiträgen und den später ausgezahlten Leistungen müsse es



„Der finanzielle Kollateralschaden für die Steuerzahler wäre immens, weil die Grundrente in dieser Form weit über das gewollte Ziel hinausschießen würde.“

Bund der Steuerzahler

eine Gleichwertigkeit geben. Der renommierte Jurist schreibt, der Entwurf schieße „in verfassungswidriger Weise über das Ziel hinaus“.

Kostenexplosion droht

Nach Berechnungen des Arbeitsministeriums kostet die Grundrente im ersten Jahr (2021) rund 3,8 Milliarden Euro. Bis 2025 steigen die Kosten auf 4,8 Milliarden Euro pro Jahr. In Summe sind das rund 21,5 Milliarden Euro. Experten erwarten dagegen wesentlich höhere Beträge. Professor Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg geht von Mehrkosten um rund sieben Milliarden Euro bereits im ersten Jahr aus. Bis 2025 würden diese auf 8,3 Milliarden Euro jährlich ansteigen. „Damit liegen die tatsächlichen Kosten der Grundrente um mehr als zwei Drittel über der politischen Projektbewerungskalkulation des Ministers. Das ist eine unverantwortliche Irreführung der Steuer- und Beitragszahler“, sagt Raffelhüschen.

Auch der Bund der Steuerzahler ist skeptisch. „Der finanzielle Kollateralschaden für die Steuerzahler wäre immens, weil die Grundrente in dieser Form weit über das gewollte Ziel hinausschießen würde“, teilt der Verband mit. „Bei einer Grundrente fehlen mir konkrete Finanzierungszahlen einerseits und ein nachhaltiges Gesamtkonzept andererseits“, so Verbandspräsident Rainer Holzngel.

Finanzierung schöngerechnet?

Wie das Milliardenprojekt finanziert werden soll, bleibt unklar. Ursprünglich war vereinbart, das Projekt kom-

plett aus Steuermitteln zu bezahlen. Wegen der angespannten Haushaltslage planten Heil und SPD-Finanzminister Olaf Scholz Berichten zufolge sogar, zunächst auf die Rentenrücklage zurückzugreifen. Dagegen regten sich heftige Proteste von Union, FDP und Grünen. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf sieht immerhin eine Finanzierung größtenteils aus Steuermitteln vor – die aber bislang weder beschlossen noch in der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant sind. Es ist nicht einmal eine politische Mehrheit dafür absehbar: So plant Heil zum einen mit noch gar nicht vorhandenen Steuererhöhungen durch eine von ihm vorgeschlagene Anhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Hotel-Übernachtungen. Zum anderen kalkuliert der Minister mit einer noch einzuführenden Finanztransaktionssteuer. Dabei sah das SPD-Europawahlprogramm vor, dass die Einnahmen dieser Steuer der EU zufließen sollen.

„Im Arbeits- und Sozialministerium werden die Kosten der Grundrente offenbar künstlich kleingerechnet, ihre Finanzierung hingegen schöngerechnet – und das zu Lasten der anderen Zweige der Sozialversicherung“, argumentiert Raffelhüschen. „Ungerecht, unsolid und unseriös“, nannte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Jung, die Pläne. Der Entwurf enthalte „eine Ansammlung von Luftbuchungen.“ Der Haushaltssprecher der Unionsfraktion Eckhardt Rehberg sagte: „Mit allen Tricks sollen über vier Milliarden Euro zusammengekratzt

werden: Steuererhöhungen, diffuse Einsparungen und Anzapfen der Sozialversicherungskassen.“ Die Union, das bekräftigten sowohl CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer als auch CSU-Chef Markus Söder, hält an der Bedürftigkeitsprüfung fest.

Die Jungen müssen zahlen

Wie der Streit auch ausgehen mag, ab dem kommenden Jahr müssen Steuerzahler mit deutlich steigenden Belastungen rechnen. Das liegt auch an dem von der Großen Koalition erst im vergangenen Jahr beschlossenen Rentenpaket, das neben der Ausweitung der Mütterrente, Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und einer Entlastung von Geringverdienern bei den Sozialabgaben auch die „doppelte Haltelinie“ beinhaltet. Danach soll bis 2025 ein Sicherungsniveau von 48 Prozent nicht unterschritten und ein Beitragssatz von 20 Prozent nicht überschritten werden. Kostenpunkt des Rentenpakets: Rund 32 Milliarden Euro bis 2025. Aufkommen müssen dafür die kommenden Generationen, denen immer mehr Ältere gegenüberstehen. Während 2015 auf 100 Menschen im erwerbstätigen Alter 35 Rentner kamen, werden es nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2035 schon 47 Rentner sein.

Dazu kommt: Die Große Koalition schnürt ihre milliardenschweren Pakete in einer konjunkturell wie politisch unsicheren Zeit. Nach zehn Jahren unentwegten Aufschwungs trübt sich die Wirtschaftslage derzeit weltweit ein. Kippt die Konjunktur ganz und Deutschland schlittert in eine rezessive Phase, könnte es sich rächen, dass die Politik enorme Summen für immer neue Rentenversprechungen verplant hat. Erst im Mai mussten die Steuerschätzer der Bundesregierung die erwarteten Staatseinnahmen deutlich nach unten korrigieren. Ebenso senkte die Bundesregierung die Wachstumsprognose für das laufende Jahr mehrmals nach unten.

Die Maßnahmen verwundern auch deshalb, da die Bundesregierung vor einem Jahr eigens eine Rentenkommission eingerichtet hat. Das Expertengremium soll bis Frühjahr 2020 Vorschläge machen, wie das Rentensystem für die Zeit ab 2025 auf Dauer finanzierbar bleibt – dann, wenn die Generation der Babyboomer in den Ruhestand geht.

Vorsorge als Staatsaufgabe?

Wie kann das Rentensystem also auf sichere Füße gestellt werden? Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute entwarfen im vergangenen Jahr drei unpopuläre Szenarien: Steuererhöhungen, längeres Arbeiten oder 500 000 Zuwanderer pro Jahr. Denn es sei „kaum vorstellbar, dass sich die versprochenen Maßnahmen ohne eine substantielle Erhöhung des Renteneintrittsalters über 67 Jahre hinaus oder substantielle Steuererhöhungen finanzieren lassen“, schrieben die Forscher in ihrem Frühjahrsgutachten.

Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung zu erhöhen. Etwa, indem

mehr Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert werden, mehr Frauen in Vollzeit arbeiten oder weniger Menschen in Frührente geschickt werden. Hier macht Deutschland nach Einschätzung der OECD Fortschritte: Seit 2000 sei die Quote der erwerbstätigen 55- bis 64-Jährigen um rund 30 Prozentpunkte angestiegen.

Letztlich wird es aber nicht ausreichen, nur an den Stellschrauben der gesetzlichen Rente zu drehen. Eine im Mai veröffentlichte Studie des Versorgungswerks „MetallRente“ alarmiert: Unter den 17- bis 27-Jährigen glauben mittlerweile fast 20 Prozent, dass der Staat allein für die Altersvorsorge verantwortlich ist. Lediglich ein Drittel der Befragten spart regelmäßig für das Alter. „Die öffentliche Debatte konzentriert sich zu einseitig auf die erste Säule der Altersversorgung, die staatliche Rentenversicherung“, beklagt MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. Die zweite und dritte Säule hingegen, die betriebliche und die private Altersvorsorge, würden zunehmend aus dem Blickfeld geraten. „Da müssen wir gegenhalten.“ Zur Stärkung der betrieblichen Alters-

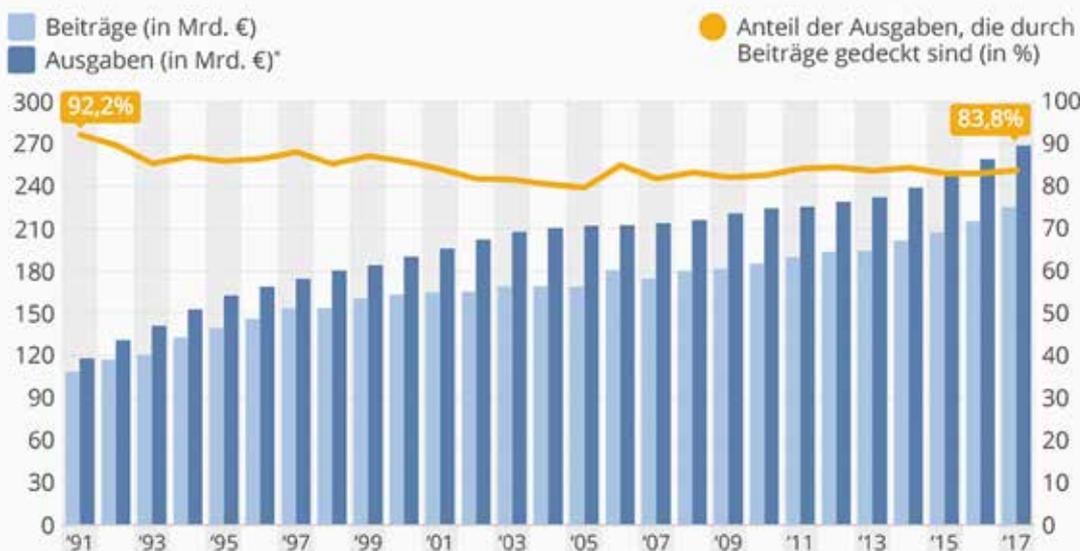
vorsorge spricht sich die MIT beispielsweise für eine Entlastung der Bezieher von Betriebsrenten aus. Sie sollen auf ihre Direktversicherungen künftig nur noch den halben Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Seit 2004 müssen Betriebsrentner sowohl den Arbeitgeber- als auch den Arbeitnehmeranteil tragen. Einen entsprechenden Antrag zur Abschaffung dieser Doppelverbeitragung hat der CDU-Parteitag Ende 2018 angenommen. Betroffen sind davon bundesweit rund sechs Millionen Betriebsrentner. Zudem soll die bisherige Freigrenze, ab der Betriebsrenten beitragspflichtig werden, in einen finanziell attraktiveren Freibetrag umgewandelt werden. „Damit würden wir alle Betriebsrentner entlasten, die heute Beiträge zahlen, und die Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge würde insgesamt erhöht“, so Linnemann.

Bürgerfonds und Co.

Und die dritte Säule? Im internationalen Vergleich gelten vor allem solche Systeme der privaten Altersvorsorge als erfolgreich, die über eine

So groß ist die Finanzierungslücke bei der Rente

Beiträge und Ausgaben der Rentenversicherung in Deutschland



* Ohne Transferzahlungen zwischen den RV-Zweigen eines Gebietes und ohne Finanzausgleich. Ab 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen.

Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Statista-Berechnung

Der von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) vorgelegte Entwurf für eine Grundrente würde abermals Milliarden kosten – und die ohnehin schon belastete Rentenkasse noch tiefer in die roten Zahlen bewegen.

starke kapitalgedeckte Komponente verfügen. Die Niederlande oder Großbritannien setzen etwa auf ein Mischsystem aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Rente. Schweden und Norwegen verfügen über erfolgreiche staatliche Pensionsfonds, die in Aktien und Anleihen investieren.

Auf solch ein Modell setzt auch das Ifo-Institut. Die Wirtschaftsforscher schlagen einen „Deutschen Bürgerfonds“ zur Vermögensbildung vor. Die Idee: Der Staat nutzt seine gute Bonität, um günstig Geld zu leihen, das er gewinnbringend anlegt. Die Differenz zwischen Kreditzinsen und Rendite zahlt der Staat den Bürgern aus, ähnlich einer Lebensversicherung. „Da die Bürger selbst keine zusätzlichen Einzahlungen aus ihrem Einkommen leisten müssten, um das Vermögen aufzubauen, ist der ‚Deutsche Bürgerfonds‘ vor allem für Menschen interessant, die wenig verdienen“, sagt Ifo-Präsident Clemens Fuest. Er rechnet vor: Würde der Staat fortan jährlich 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für alle Erwerbsfähigen anlegen, ergäbe das bei einer durchschnittlichen Renditedifferenz von zwei Prozentpunk-

grünen-Koalition in Hessen. Danach soll jeder, der nicht über ausreichend betriebliche Altersversorgung verfügt, in eine private Altersvorsorge einbezogen werden – es sei denn, er widerspricht. Eine ebenfalls staatlich organisierte Alternative haben die Verbraucherzentralen vorgeschlagen. Bei ihrer „Extrarente“ lassen sich Arbeitnehmer ihre Einzahlungen automatisch vom Gehalt abziehen. Das Geld soll vor allem in Aktien angelegt werden. Private Fondsmanager sollen das Geld dann schrittweise in risikoärmere Anlagen umschichten.

Bringt Politik den Mut auf?

Die Krux an all diesen Vorschlägen: Die Aktienkultur ist bei den Deutschen, die selbst in Nullzinsphasen aufs Sparsbuch setzen, von Angst und Unwissen geprägt. Zudem würde die Verantwortung zur Vorsorge vom



abzubauen. Die MIT schlägt deshalb eine umfassende Reform der privaten Zulagenrente („Riester“) vor. Die Möglichkeit einer Zulagenrente soll dazu auf alle steuerpflichtigen Erwerbstätigen ausgeweitet werden, also auch auf Selbstständige und Freiberufler. Die Gewährung der Zulagen soll vollständig automatisiert über die Finanzverwaltung erfolgen. Der bisherige komplizierte und fehleranfällige Zulagantrag würde damit entfallen.

Welche Vorschläge die Rentenkommmission letztlich aufgreift – und ob sie überhaupt ein mutiges Gesamtkonzept vorlegen wird –, bleibt fraglich. Ökonom Raffelhüschen sieht das Problem weniger in der Rentenkommmission, sondern vielmehr in der Politik insgesamt. Denn wenn das Expertengremium der Bundesregierung im Frühjahr 2020 ihren Abschlussbericht auf den Tisch legt, ist die nächste Bundestagswahl nicht weit. „Dass die Politik dann den Mut aufbringt, richtige, aber unpopuläre Weichenstellungen auch umzusetzen, ist wenig wahrscheinlich bis ausgeschlossen – und wenn die Rente im Wahlkampf gelandet ist, wurde es bis jetzt immer teuer.“

„Dass die Politik dann den Mut aufbringt, richtige, aber unpopuläre Weichenstellungen auch umzusetzen, ist wenig wahrscheinlich bis ausgeschlossen.“

Professor Bernd Raffelhüschen

ten nach 50 Jahren einen Ertrag von gut 16.000 Euro pro Kopf. Finanziert würde das durch langsameren Staatsschuldenabbau.

Der Unterschied zu den Fonds in Norwegen und Schweden: Dort leisten die Bürger eigene Beiträge und können aus verschiedenen Fonds wählen. Wer sich nicht entscheidet, zahlt automatisch in einen Standardfonds ein. An diesem Modell orientiert sich die „Deutschland-Rente“ der schwarz-

Bürger auf den Staat beziehungsweise Fondsmanager weitergeschoben. Welchen Anreiz hätten Bürger also, selbst vorzusorgen? Die Versicherungswirtschaft warnt zudem vor einer Wettbewerbsverzerrung.

MIT-Chef Linnemann zeigt sich zwar offen dafür, Vorschläge wie den Bürgerfonds zu prüfen. Übergeordnetes Ziel müsse es aber weiterhin sein, mehr Anreize zur privaten Vorsorge zu setzen und bürokratische Hürden



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

ARBEITSZEITERFASSUNG

Kommt jetzt die Stechuhr-Pflicht?



Der Europäische Gerichtshof hat entschieden: Arbeitgeber müssen in Zukunft die Arbeitszeiten aller Angestellten systematisch erfassen. Das Urteil geht an der Realität vorbei. Statt mehr Bürokratie braucht es mehr Flexibilität.

Für Rita van Döllen-Mokros kommt das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wie aus einer anderen Welt: „Diese Entscheidung passt nicht in die Arbeitswelt von heute. Die Realität ist doch, dass sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber heute mehr Flexibilität wünschen“, sagt die Architektin und MIT-Kreisvorsitzende aus Oldenburg. Die Unternehmerin führt in zweiter Generation ein Architekturbüro mit fünf Mitarbeitern. „Wir kommen seit mehr als 50 Jahren auch ohne Stechuhr aus. Die Arbeitszeit mit gegenseitigem Vertrauen hat immer geklappt.“

EU-Staaten müssen Urteil umsetzen

Nach dem EuGH-Urteil sollen Arbeitgeber wie van Döllen-Mokros verpflichtet werden, die gesamte Arbeitszeit ihrer Beschäftigten systematisch zu erfassen. Das Urteil muss von allen EU-Ländern umgesetzt werden, entschieden die obersten EU-Richter Mitte Mai in Luxemburg. Ihrer Argumentation nach ließe sich nur über ein „objektives, verlässliches und zugängliches System“ überprüfen, ob gesetzliche Arbeitszeiten überschritten würden. Wie die einzelnen Länder das gestalten, soll ihnen überlassen



Rita van Döllen-Mokros betreibt ein Architekturbüro mit fünf Mitarbeitern: „Mir ist nicht wichtig, wann die Arbeit erbracht wird. Entscheidend ist, dass sie erbracht wird.“

werden. Es sei erlaubt, auf Besonderheiten eines Tätigkeitsbereichs und Eigenheiten des Unternehmens, etwa der Größe, einzugehen.

Familienunternehmer warnen

Vor einer kompromisslosen Umsetzung warnen deshalb auch die Familienunternehmer: „Das Urteil ist eine Zeitreise in die Vergangenheit. Eine Eins-zu-eins-Umsetzung in deutsches Recht würde alles auf den Kopf stellen, was ein modernes Unternehmen mit

seinen Mitarbeitern machen sollte“, sagt Peer-Robin Paulus vom Verband der Familienunternehmer. Auch der Arbeitgeberverband BDA fordert, dass die Entscheidung keine Nachteile für Arbeitnehmer mit sich bringen dürfe, die schon heute flexibel arbeiten. Dagegen begrüßte Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), das Urteil: „Das Gericht schiebt der Flatrate-Arbeit einen Riegel vor – richtig so.“ Die Anzahl unbezahlter Überstunden bewege sich in Deutschland seit Jahren auf einem inakzeptabel hohen Niveau. „Die Flexibilität wird darunter absolut nicht leiden“, glaubt Buntenbach, „ganz im Gegenteil: Statt mit der Stechuhr könnte man heutzutage schließlich per Smartphone und App die Arbeitszeit dokumentieren.“ Bei der konkreten Umsetzung aber drohen Schwierigkeiten. Gilt eine Abendveranstaltung zur Kontaktpflege grundsätzlich als Arbeitszeit? Wie wird die Arbeitszeit einer Forscherin berechnet, die über Monate hinweg über ein Problem nachdenkt? Auch Home-Office oder Außendienst müsste nach dem Urteil künftig registriert werden. Wird abends noch eine E-Mail gelesen, müsste auch das als Arbeitszeit erfasst werden.

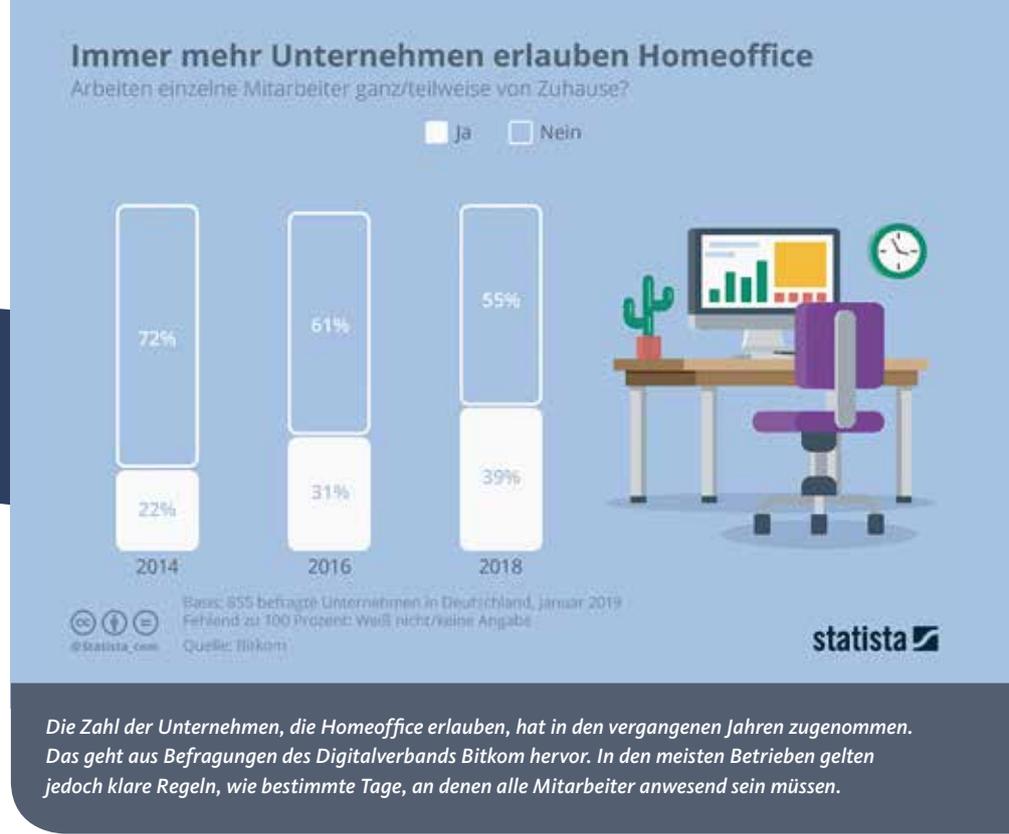


Bürokratiewelle droht

Für Unternehmen würde das vor allem eines bedeuten: mehr Bürokratie. Derzeit müssen Arbeitgeber in Deutschland nur die Arbeitszeit erfassen, die über acht Stunden am Tag hinausgehen. Dazu kommt die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen sowie Aufzeichnungspflichten zur Kontrolle des Mindestlohns. Der Arbeitsrechtsexperte Holger Schäfer vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln sieht deshalb eine neue Bürokratiewelle auf die deutschen Unternehmen zurollen. „Müssten künftig alle Arbeitszeiten aufgezeichnet werden, entstünde ein erheblicher Mehraufwand in den Betrieben – ohne dass erkennbar wäre, inwieweit das einem effektiven Schutz von Arbeitnehmern dienen könnte“, so Schäfer, der auch Mitglied der MIT-Kommission Arbeit und Soziales ist. „Die zahlreichen bestehenden Vertrauensarbeitszeit-Modelle würden ihres Vorteils beraubt: Bürokratie tritt an die Stelle des Vertrauens.“

Bundesregierung will Urteil prüfen

In der Bundesregierung werden die Auswirkungen des Urteils unterschiedlich bewertet. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) kündigte an, das Urteil genau zu prüfen und ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben. „Wir prüfen aktuell, ob es überhaupt Umsetzungsbedarf aus dem Urteil gibt“, teilte eine Ministeriumssprecherin dem Mittelstandsmagazin mit. Eine vorschnelle Umsetzung lehnt Altmaier



Die Zahl der Unternehmen, die Homeoffice erlauben, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Das geht aus Befragungen des Digitalverbands Bitkom hervor. In den meisten Betrieben gelten jedoch klare Regeln, wie bestimmte Tage, an denen alle Mitarbeiter anwesend sein müssen.

jedoch ab: „Es ist der falsche Weg, die Stechuhr wieder überall einzuführen. Wir wollen und müssen die Interessen der Arbeitnehmer schützen, aber wir dürfen keine überbordende Bürokratie schaffen“, so der Minister. Darüber hinaus verweist das Ministerium darauf, dass es in Deutschland nach derzeitiger Rechtslage bereits ein umfassendes Dokumentationssystem gebe, mit dem die tägliche Arbeitszeit gemessen werden könne. Dagegen kündigte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) an, das Urteil rasch umzusetzen. Er will dem Bundestag noch in diesem Jahr einen Entwurf zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes vorlegen.

Arbeitsrecht muss modernisiert werden

Die MIT dagegen will das Urteil als Aufhänger nutzen, um das deutsche Arbeitsrecht zu modernisieren. Dazu soll die bislang bestehende tägliche Höchstarbeitszeit abgeschafft und durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden. Die Mindestruhezeit soll für Heimarbeit unterbrochen werden können, wenn es der Arbeitnehmer wünscht. Außerdem fordert die MIT weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten durch tarif-

vertragliche Öffnungsklauseln und großzügigere Ausgleichszeiträume. Vertrauensarbeitszeit soll auch künftig im Rahmen des geltenden Arbeitszeitrechts möglich sein. Arbeitnehmer sollen also weiterhin selbstständig über Beginn und Ende der Arbeitszeit entscheiden, wenn der Arbeitgeber ihnen die Möglichkeit dazu einräumt. Eine permanente Überwachung der Arbeitszeit durch die Arbeitgeber lehnt die MIT ab.

Vorschläge, die auch Rita van Döllen-Mokros unterstützt: „Damit würden die Möglichkeiten der Digitalisierung berücksichtigt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Das käme allen entgegen.“ Für die Architektin, die derzeit einer Mitarbeiterin einen Heimarbeitsplatz ermöglicht, ist etwas anderes entscheidend: „Die Arbeitszeiten der Mitarbeiter sind schon jetzt recht unterschiedlich. Mir ist nicht wichtig, wann die Arbeit erbracht wird. Entscheidend ist, dass sie erbracht wird.“



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de



INTERVIEW MIT TILMAN KUBAN

„Koalition sollte sich weniger profilieren und mehr regieren“

Herr Kuban, Sie sind seit März neuer Vorsitzender der JU. Was ist denn bei Ihnen anders als bei Ihrem Vorgänger Paul Ziemiak?

Tilman Kuban: Paul und ich sind unterschiedliche Typen und deswegen werden wir unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Paul hat in den letzten Jahren den Verband ins digitale Zeitalter geführt. Darauf bauen wir auf. Mir geht es jetzt darum, den Mitmach-Charakter zu stärken und dafür zu sorgen, dass wir als JU die Jugendorganisation sind, in der sich wirklich vom Neumitglied bis zum Bundesvorstandsmitglied jeder einbringen kann.

Wird es auch inhaltlich eine andere Ausrichtung geben?

Wir werden neue Schwerpunkte setzen. Es wird jetzt zum Beispiel aufgrund der aktuellen Diskussionen in der jungen Generation darum gehen, das Thema Nachhaltigkeit stärker in den Fokus zu rücken und deutlich zu machen: Wir sind die Partei, die als einzige Ökologie, Ökonomie und Soziales vereint. Statt das Thema Klimaschutz nur einseitig zu behandeln, müssen wir auch die Fragen beantworten: Wie erhalten wir gleichzeitig unsere Innovationskraft? Wie stärken wir unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren? Wie setzen wir ökologische Standards, um lebenswerte Regionen zu erhalten und wie sorgen wir dafür, dass unser Sozialsystem auch in Zukunft den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt?

Welche Gemeinsamkeiten sehen Sie da mit der MIT?

MIT und JU arbeiten seit vielen Jahren gut zusammen. Wir sind das Erfolgsduo für die programmatische Neuausrichtung der Union.

Was muss denn jetzt in der CDU anders gemacht werden?

Aus meiner Sicht dürfen wir nicht nur anderen hinterherlaufen. Wir müssen einen eigenen Weg gehen und deutlich machen: Wir sind die Gestalter, die Themen setzen. In Österreich beispielsweise gab es große Sympathien bei den Wählern, weil man inhaltliche Schwerpunkte gesetzt hat, etwa die Steuerung der Migration oder die steuerliche Entlastung, und diese Punkte dann konkret durchgesetzt wurden. Daran hakt es bei uns momentan, dass wir zwar auch ankündigen, aber nicht genug durchsetzen.

Das liegt ja vielleicht auch am Koalitionspartner. Hoffen Sie, dass die SPD irgendwann aus der Koalition austritt?

Das muss am Ende die SPD entscheiden. Es steht mir nicht zu, ihr Ratschläge zu geben. Ich kann mir nur wünschen, dass sich die Koalition ein bisschen weniger mit sich selbst beschäftigt und sich dafür etwas mehr aufs Regieren konzentriert. Jeder muss seine Themen und Schwerpunkte setzen und dem anderen Partner Erfolge lassen. Der Koalitionsvertrag gibt dafür genug Projekte vor.



Der neue Vorsitzende der Jungen Union (JU) fällt seit seiner Wahl mit Klartext-Ansagen auf. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben beklagt Tilman Kuban, dass in der CDU zu lange eine Meinung vorgegeben wurde. Der JU-Chef fordert mehr innerparteilichen Diskurs und Antworten auch auf Fragen der Digitalisierung und des Klimaschutzes.

Heißt das dann Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung? Und dafür gibt es die vollständige Soli-Abschaffung?

Ich halte die Grundrente insgesamt für falsch, weil wir bei der Rente in den vergangenen Jahren schon häufig neue Leistungen draufgesattelt haben. Wir wissen, dass wir dort schon jetzt komplett unterfinanziert sind. Ein Drittel des Rentensystems ist durch Steuern finanziert und nicht mehr durch Umlagen. Deswegen sollten wir zusehen, dass wir den nächsten Generationen nicht immer mehr Belastungen aufbürden. Bei der Abschaffung des Solis haben wir auch eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag, wonach 90 Prozent abgeschafft werden sollen. Es gibt aber auch verfassungsrechtliche Gutachten, die zu einer kompletten Abschaffung raten. Wir stehen hier klar an der Seite der MIT: Wir wollen die komplette Abschaffung.

Was passiert, wenn die SPD aussteigt?

Ich gehe davon aus, dass wir Neuwahlen bekommen, wenn die SPD die Koalition beendet.

Obwohl die Union dann erst einmal eine gewählte Kanzlerin hätte und mit ihren Ministern oder mit der

FDP problemlos weitermachen könnte. Warum nicht eine Minderheitsregierung?

Spätestens bei der nächsten Haushaltsaufstellung würde das zu großen Komplikationen führen, dafür braucht man starke Mehrheiten. Das kann man eine Zeit lang machen, aber die

„Ich halte die Grundrente insgesamt für falsch, weil wir bei der Rente in den vergangenen Jahren schon häufig neue Leistungen draufgesattelt haben.“

CDU ist die Partei, die immer für Stabilität in Deutschland stand, und dafür soll sie auch in Zukunft stehen.

Wenn es zu Neuwahlen kommt: Wäre die CDU-Partei-vorsitzende Ihre Wunschkanzlerkandidatin?

Es ist müßig, jetzt zu spekulieren, wer in welcher Situation Kanzlerkandidat ist oder nicht. Aber klar ist: Wir müssen uns jetzt auf ein Verfahren einigen und dafür sorgen, dass wir den oder die beste Kandidatin ins Rennen schicken, um weiterhin den Kanzler zu stellen.

Ist das automatisch die Parteivorsitzende?

Die Parteivorsitzende hat traditionell immer ein erstes Zugriffsrecht.

Sie haben die CDU in der Ära Merkel für eine fehlende Diskurs-Kultur kritisiert. Sie haben den Begriff Gleichschaltung benutzt, für den Sie sich dann entschuldigt haben. Was kritisieren Sie denn konkret in der Sache?

Wir haben uns sehr darauf fokussiert, dass wir nur eine Meinung nach außen präsentieren, und zu wenig deutlich gemacht, dass es unter dem gemeinsamen Dach der Partei auch unterschiedliche Positionen gibt. Dabei ist es genau das, was eine Volkspartei ausmacht: dass es sowohl einen wirtschaftsliberalen als auch einen christlich-sozialen und einen konservativen Flügel gibt, dass wir Jung und Alt zusammenbringen. Es ist doch unsere Stärke, die unterschiedlichen Positionen in unserer Volkspartei abzuwägen und dann eine gemeinsame Lösung nach außen zu präsentieren, die durchaus den Anspruch hat, als Kompromiss für die gesamte Gesellschaft tragfähig zu sein. Vielleicht wurde in den letzten Jahren zu sehr eine Meinung vorgegeben, der viele hinterhergelaufen sind. Da wünsche ich mir vor wichtigen Entscheidungen mehr innerparteilichen Diskurs. Deswegen finde ich es gut, dass Annegret Kramp-Karrenbauer beispielsweise mit dem Werkstattgespräch zur Migration ein Thema in der Partei, aber auch in der Gesellschaft, direkt aufgegriffen hat.

Finden Sie, dass sich unter Annegret Kramp-Karrenbauer diese Diskursbereitschaft verändert hat?

Dieses Gespräch war ein erstes sehr positives Signal. Es sollten weitere Werkstattgespräche folgen. Ich halte das für richtig, um die Partei und die verschiedenen Flügel einzubinden. Das wird unsere CDU stärken und vor allem dann auch inhaltlich neu ausrichten.

Wo sehen Sie denn jetzt noch Defizite bei der CDU?

Die aktuelle Frage ist: Was sind unsere Antworten bei den drängenden Themen Digitales oder Klimaschutz? Hier müssen wir erst noch unsere eigene Position finden. Daneben müssen wir aber auch die Frage beantworten, was die großen Schwerpunktthemen sein sollen. Wofür steht die CDU in den nächsten Jahren? Ich sage immer: Der Wahl-

kämpfer muss nachts aufwachen und sagen: „1, 2, 3. Dafür steht meine Partei“. Das muss unser Anspruch sein.

Was sind denn die drei Punkte, mit denen Sie nachts aufwachen?

Wir haben Oberbegriffe, aber wir müssen diese wieder mit Leben füllen. Wir sind die Partei, die für Sicherheit und Rechtsstaat, für Soziale Marktwirtschaft und Innovationen steht, genauso stehen wir für Europa und eine starke Rolle Deutschlands in der Welt. Wir müssen jetzt zusehen, dass wir diese Punkte wieder mit konkreten Forderungen untermauern, damit wir für die nächste Bundestagswahl nicht nur die Schlagworte haben. Das ist unser Auftrag für die nächsten Monate.

Ist Klimaschutz auch so ein Oberbegriff?

Ich halte es für sehr sinnvoll, jetzt einen Fokus auf das Thema Nachhaltigkeit zu legen, um unser Alleinstellungsmerkmal nach außen zu präsentieren. Wir stehen für ökologische Standards, wir stehen für die Klimaziele des Pariser Abkommens...

... das sehen die Wähler aber nicht unbedingt...

... aber wir verbinden es mit der ökonomischen Säule und der sozialen Säule. Und genau das ist etwas, was unseren eigenen Kern nach außen stellt.

Ist die Klimabewegung nur eine Modeerscheinung, ein momentanes Phänomen, und kommt morgen wieder ein anderes Thema?

Wir erleben eine junge Generation, die politisiert ist und die sich wieder stärker mit Politik beschäftigt. Das finde ich gut. Diese Generation hat drängende Fragen, es gab schon zur Urheberrechtsreform viel Bewegung und Demonstrationen. Jetzt haben wir eine große Bewegung, die sich insbesondere für den Klimaschutz einsetzt. Dass sich junge Menschen wieder mehr mit Politik beschäftigen, haben wir uns lange Zeit gewünscht. Es ist jetzt die Aufgabe der JU und der CDU, diese Jugendlichen abzuholen. Das ist uns bei den letzten Themen leider nicht gut gelungen.

Wie kriegen Sie denn die Jugendlichen? Die Anliegen sind zum Teil konträr zu dem, was CDU-Politiker

Tilman Kuban (32) hat sich im März in einer Abstimmung als neuer Bundesvorsitzender der Jungen Union (JU) durchgesetzt. Der Jurist aus Barsinghausen arbeitet seit drei Jahren als Leiter der Rechtsabteilung bei den Unternehmerverbänden Niedersachsen. Im Mai kandidierte Kuban vergeblich für ein Abgeordnetenmandat im Europäischen Parlament. Wegen des schwachen Abschneidens der CDU zog sein Listenplatz (4) nicht. Er wäre erster Nachrücker in Niedersachsen.

bislang gesagt haben.

Beim Thema Urheberrecht haben wir als JU schon im letzten Jahr klar gesagt, dass Uploadfilter der falsche Weg sind. Da müssen wir sensibilisieren, gerade auch in unserer Partei. Ich erwarte da auch mehr Rückhalt und Verständnis: Andere Generationen haben früher auch für Freiheit gestritten. Und jetzt geht es darum, dass unsere Generation für die Freiheit im Netz streitet und dafür werden wir

„Wir müssen uns jetzt auf ein Verfahren einigen und dafür sorgen, dass wir den oder die beste Kandidatin ins Rennen schicken, um weiterhin den Kanzler zu stellen.“

uns auch als JU weiterhin einsetzen. Und wenn es dann gegen die Mutterpartei sein muss und es wichtig ist, dann muss das auch mal sein.

Inwieweit spricht denn die JU überhaupt die Sprache der „Fridays for Future“-Kids oder der Rezo-Follower? Oder ist es mehr die Sprache der Jungschützen oder der Studentenverbindungen?

Am Ende geht es darum, dass wir alle ernst nehmen. Es gibt viele junge Menschen, die sich momentan in Demonstrationen zum Thema Urheberrecht oder Klimaschutz engagieren. Es gibt aber auch junge Menschen, die sich in Vereinen, Feuerwehren oder anderen Ehrenämtern engagieren. Traditionell ist es so, dass die CDU den vorpolitischen Raum kennt, ihr aber das Netz eher fremd ist. Deswegen gilt es, alle jungen Menschen, die sich politisch engagieren, ernst zu nehmen. Ich sehe darin keinen Widerspruch. Aber wir haben auf der digitalen Seite vielleicht noch ein bisschen mehr Nachholbedarf. Als JU sind wir im Netz stark unterwegs und mit unserer Instagram-Influencer-Kampagne neue Wege gegangen. Das waren gute Ideen, aber wir können natürlich auch noch besser werden.

Wie hätten Sie denn auf das Rezo-Video reagiert?

Wir haben gemeinsam mit dem Konrad-Adenauer-Haus ab-

gestimmt, dass wir ein Video machen. Deswegen hätte ich die Antwort, die dort produziert wurde, sehr gerne gesehen. Wenn man an dem Tag, in dem es rauskommen sollte, bei Twitter den Top-Hashtag #Amthor hat (der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor war für das Antwort-Video vorgesehen; Anm. d. Red.), dann gibt es keine andere Wahl mehr, als dieses Video auch zu veröffentlichen. Und wie ich gehört habe, hat er es sehr gut gemacht.

Also war es eine Fehlentscheidung, das nicht zu bringen?

Diese Entscheidungen sind getroffen worden. Wir gucken jetzt nach vorne.

Die nächsten Fragen

bitte nur mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Sollten Politiker auch außerhalb der Politik gearbeitet haben?
Ja.

Sollten Kanzleramt und Parteivorsitz im Regelfall in einer Hand sein?

Im Regelfall ja.

Wird die CDU innerhalb der nächsten zwei Jahre wieder über 40 Prozent liegen?

Ja, das ist mein Wunsch.

Wird Friedrich Merz irgendwann ein Amt in der Bundesregierung erhalten?

Ja.

Wird Ihr Kollege Kühnert von den Jusos demnächst SPD-Vorsitzender?

Nein, hoffentlich nicht.

Und zum Schluss machen wir eine Satzvervollständigung: Das Beste an der GroKo ist...

... dass wir eine Regierung haben, die jetzt hoffentlich neue Themen auf die Agenda setzt, um Deutschland in unruhigen Zeiten weiter Stabilität zu geben. ●



PRO & CONTRA

Sollte Deutschland auf eine Fertigstellung von Nord Stream 2 drängen?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Thomas Bareiß (44) ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Seit Dezember 2018 ist er Mitglied des CDU-Bundesvorstands. Bareiß war von 2013 bis 2017 Gastmitglied im MIT-Bundesvorstand.

Wichtiger Baustein der Energieversorgung

Die Bedeutung von Gas wird in den nächsten Jahren zunehmen, auch bedingt durch den Kohleausstieg. Daher muss unser Interesse auf einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung liegen. Die Gasförderung in der Europäischen Union wird perspektivisch zurückgehen. Wir sind hier durch den Rückgang der Förderung in den Niederlanden betroffen. Auch klassische Lieferländer wie Norwegen und Algerien werden tendenziell weniger liefern. Die entstehende Lücke in Europa muss durch Importe von zusätzlichem Pipelinegas und Flüssigerdgas (LNG) sowie neue grüne Gase gedeckt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Realisierung von Nord Stream 2 für Deutschland und Europa wichtig, denn die Pipeline erschließt eine zusätzliche Versorgungsrouten mit Russland und bindet uns an neue Lagerstätten an. Mittels einer modernen Infrastruktur wird das Gas direkt aus Russland nach Deutschland und in weitere Mitgliedstaaten der EU fließen. Dabei ist die neue Route effizienter als bisherige Transportwege und rund 2.000 Kilometer kürzer. Damit einher geht eine Senkung der mit dem Gastransport verbundenen Methan-Emissionen. Gleichzeitig setzt sich die Bundesregierung für eine Fortführung des Transits russischen

Gases über die Ukraine ein. Denn wir sind uns sicher, dass wir auch diesen Transportweg für russisches Gas brauchen.

Einen Stopp des Projektes kann ich mir nicht vorstellen: Es sind alle Röhren produziert und ausgeliefert, über 1.300 Kilometer der Röhren sind bereits in der Ostsee vor Deutschland, Finnland, Schweden und Russland verlegt. Wir wissen, die dänische Genehmigung steht noch aus. Hier hat die Nord Stream 2 auf Wunsch der Genehmigungsbehörde einen Antrag für eine weitere Route eingereicht, der derzeit geprüft wird. Ich bin der Auffassung, dass die Nord-Stream-2-Pipeline mit den Zielen der Energieunion in Einklang steht. Hierzu trägt auch der unter den EU-Mitgliedstaaten gefundene Kompromiss zur Änderung der Gasrichtlinie bei, der Rechtssicherheit sowohl für damit befasste staatliche Stellen als auch für Investoren schafft. Wir werden in den nächsten Monaten die Gasrichtlinie 1:1 umsetzen. Mit der Unterstützung für den Bau von LNG-Terminals setzt sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aber auch für eine weitere Diversifizierung unserer Gasversorgung ein, um den Marktteilnehmern weitere Wahlmöglichkeiten dafür zu bieten, aus welchen Quellen sie Gas beziehen wollen. ●

PRO

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, wird die Gaspipeline Nord Stream 2 bis spätestens 2020 fertiggestellt sein. Über die neue Ostsee-Pipeline sollen riesige Mengen Gas aus Russland nach Europa transportiert werden. Das deutsch-russische Projekt ist jedoch politisch hoch umstritten. Die Regierung verspricht sich davon mehr Versorgungssicherheit. Die USA und andere EU-Staaten sorgen sich um eine zunehmende Abhängigkeit von Russland.

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Die europäische Perspektive berücksichtigen

Die Pläne, mit Nord Stream 2 eine zweite russische Gaspipeline durch die Ostsee nach Deutschland zu bauen, sind ökonomisch nachvollziehbar. Wer sich jedoch auf den Standpunkt stellt, dass es sich um ein rein geschäftliches Objekt handelt, aus dem sich die Politik herauszuhalten habe, irrt. Denn eine so enge wirtschaftliche Beziehung mit einem anderen Land einzugehen, bedeutet immer auch politische Konsequenzen, die es gründlich abzuwägen gilt.

Ohne Zweifel würde Nord Stream 2 einen großen Beitrag zur Versorgungssicherheit Deutschlands leisten. Der Preis wäre jedoch hoch: Der Europawahlkampf hat zutage gefördert, wie sehr die Pläne die EU spalten. Mehr noch: Sie lassen Polen, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei und Ukraine, aber auch Schweden und Dänemark an unserer Solidarität zweifeln. Für diese Länder handelt es sich um ein sicherheitsrelevantes Thema, weshalb eine besondere Sensibilität gefordert ist. Zugleich besteht die Angst, die verstärkte Anbindung an Russland und der Wegfall des Transits würden die Ukraine schwächen. Denn die Ukraine, zugleich möglicher EU-Beitrittskandidat, müsste auf Milliardenereinnahmen

verzichten, was die dortige Wirtschaft schwächen und das Land destabilisieren könnte. Daher ist der Forderung Peter Altmaiers Nachdruck zu verleihen, der einen Kompromissvorschlag vorgelegt hat, durch den der Gastransit durch die Ukraine sichergestellt werden soll. Deutschland sollte sich deshalb ehrlich machen: Wer Solidarität in der EU selbst nicht hochhält, der wird bei nächster Gelegenheit Probleme bekommen, sie auch bei anderen einzufordern!

CONTRA

Insgesamt ist fraglich, ob die Abhängigkeit von einem Lieferanten und die hohe Investition in eine Route sinnvoll sind. Sollten nicht eher die Ziele der EU-Kommission für eine europäische Energieunion mit größtmöglicher Unabhängigkeit verfolgt werden? Zugleich sind bereits mehrere Kilometer Rohre verlegt, ein Stopp deshalb mit hohen Kosten verbunden. Hier ist der Schutz der Investoren, dass die bereits genehmigte Pipeline auch genutzt werden kann, ein zu hohes Gut. Daher sollte nun der Fokus darauf gelegt werden, dass EU-Wettbewerbsregeln eingehalten werden, dass die Ukraine weiterhin ein wichtiger Gastransit-Partner bleibt, und dass Alternativen wie LNG forciert werden, um die Abhängigkeit von Russland zu minimieren. ●



Sarah Gillen (35) ist Landesvorsitzende der MIT Saarland und Beisitzerin im MIT-Bundesvorstand. Die Diplom-Ingenieurin ist Mitglied des saarländischen Landtags und dort Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr.

KLIMASCHUTZ

Wie funktioniert der Emissionshandel?

Der Emissionshandel, in dessen Mittelpunkt der Handel mit CO₂-Zertifikaten steht, ist ein länderübergreifendes Instrument des Klimaschutzes in Europa. Er bietet Unternehmen einen Anreiz, umweltfreundlicher zu produzieren und zu wirtschaften. Wie funktioniert das System und führt es wirklich zu einem besseren Klima?

Wozu ein Emissionsrechtehandel?

Seit 2005 brauchen große Industriebetriebe und Kraftwerksbetreiber in der Europäischen Union CO₂-Zertifikate, um produzieren zu können. 2012 kam auch zum Teil der Luftverkehr dazu. Der EU-Emissionshandel (EU-ETS – European Union Emissions Trading System), auch Emissionsrechtehandel genannt, wurde damals eingeführt, um die Klimaziele der EU erreichen zu können. Neben den 28 EU-Mitgliedsstaaten haben sich auch Norwegen, Island und Liechtenstein dem EU-ETS angeschlossen. Der EU-ETS gilt als weltweit erstes multinationales Abkommen zur Reduzierung sogenannter Treibhausgase.

Welche Idee steht dahinter?

Einfach ausgedrückt: Wer Klimagase ausstößt, soll dafür auch bezahlen. Das funktioniert so: Wenn ein Unternehmen innerhalb eines bestimmten Zeitraums CO₂ ausstoßen will, dann

muss es dazu berechtigt sein. Kraftwerke und Industrieunternehmen müssen deshalb für jede einzelne Tonne emittierter klimaschädlicher Gase ein Emissionszertifikat einlösen. Ist der festgelegte Zeitraum beendet, dann steht das Unternehmen in der Pflicht nachzuweisen, dass seine gesamten Emissionen über eine ausreichende Zahl von Zertifikaten abgedeckt sind. Kann es das nicht, drohen empfindliche Strafen von über 100 Euro je Tonne Klimagase, die unerlaubt in die Luft gepustet wurden. Weil also klimaschädliches Verhalten teurer wird, senken die Unternehmen ihre Emissionen.

Woher kommen die Zertifikate?

Die Zahl der Emissionszertifikate ist begrenzt. Sie wird limitiert durch die Gesamtmenge an Treibhausgasemissionen, die die Politik für einen bestimmten Zeitraum festlegt. In der aktuell laufenden Handelsperiode (2013 bis

2020) wurde eine europaweite Emissionsobergrenze („Cap“ genannt) von insgesamt 15,6 Milliarden Emissionsberechtigungen festgelegt. Das Umweltbundesamt informiert auf seiner Website darüber, dass diese Menge nicht gleichmäßig auf den Handelszeitraum verteilt, sondern die Zahl der Zertifikate jedes Jahr um rund 38 Millionen reduziert wird. Üblicherweise werden die Zertifikate von den Mitgliedsstaaten auf den Auktionsplattformen in Leipzig und London versteigert; für bestimmte Industriezweige gibt es, um sie wettbewerbsfähig zu halten, auch eine kostenlose Zuteilung.

Sind die Zertifikate einmal auf dem Markt, können sie von den Unternehmen frei gehandelt werden, also etwa an Börsen. Der Preis richtet sich nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage. Unternehmen können deshalb flexibel entscheiden und die kostengünstigste Möglichkeit umsetzen: Ist es preiswerter, in klimafreundliche Technologien zu investieren oder ist der Kauf von Zertifikaten die beste Wahl? Wirtschaftet das Unternehmen CO₂-sparsam, kann es sogar Zertifikate verkaufen, die dann wiederum andere Unternehmen erwerben können. Zur Zeit liegt der Preis für ein Zertifikat bei etwa 25 Euro.



Wie erfolgreich ist das System?

Hier gehen die Meinungen auseinander. Kritiker behaupten, dass das System nicht funktioniere, weil die Preise für Emissionsrechte zu niedrig seien. Dabei wird übersehen, dass beim Emissionshandel die politisch festgelegte Höchstmenge an Emissionen die entscheidende Größe ist. Diese Menge wurde und wird nicht überschritten, gleichgültig wie hoch der Preis ist. Das System funktioniert somit genau wie von der Politik gewünscht. Konkret heißt das: Zwischen 2005 und 2017 gingen nach Angaben des Umweltbundesamtes in Europa die Emissionen von Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen, um rund 26 Prozent zurück.

Der große Vorteil des Emissionshandels ist, dass durch ihn die Gesamtmenge an CO₂, das in der gesamten EU ausgestoßen werden darf, gedeckelt werden kann. Aber: In der EU sind nach Informationen des Instituts der deutschen Wirtschaft gerade einmal 45 Prozent der CO₂-Emissionen durch den Emissionshandel abgedeckt. Denn nicht alle Wirtschafts-

zweige sind hier eingebunden. Ändert sich das nicht, dann ist der Emissionshandel nur bedingt geeignet, die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung sieht vor, dass Deutschland bis 2030 seine Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 55 Prozent reduziert. Die Zeit drängt also.

CO₂-Steuer oder CO₂-Bepreisung?

In der aktuellen Diskussion werden viele Begriffe eingebracht – und oft durcheinander geworfen. Insbesondere die Grünen, SPD und Linke fordern die Einführung einer CO₂-Steuer. Diese würde vor allem fossile Brennstoffe, also Benzin, Diesel, Öl und Gas, verteuern. Statt auf einen marktwirtschaftlichen Preis zu setzen, würde der Staat einen bestimmten Beitrag pro Tonne CO₂ festlegen, der mit der Zeit steigen dürfte.

Auch aus MIT-Sicht braucht CO₂ ein Preisschild (also eine CO₂-Bepreisung). Wer CO₂ emittiert, soll für die dadurch entstehenden Umweltkos-

ten auch eintreten. Eine neue Steuer lehnt die MIT jedoch ab. Damit könnten weder die nationalen noch die internationalen Klimaziele erreicht werden. Stattdessen würde lediglich die finanzielle Belastung der Bevölkerung weiter steigen.

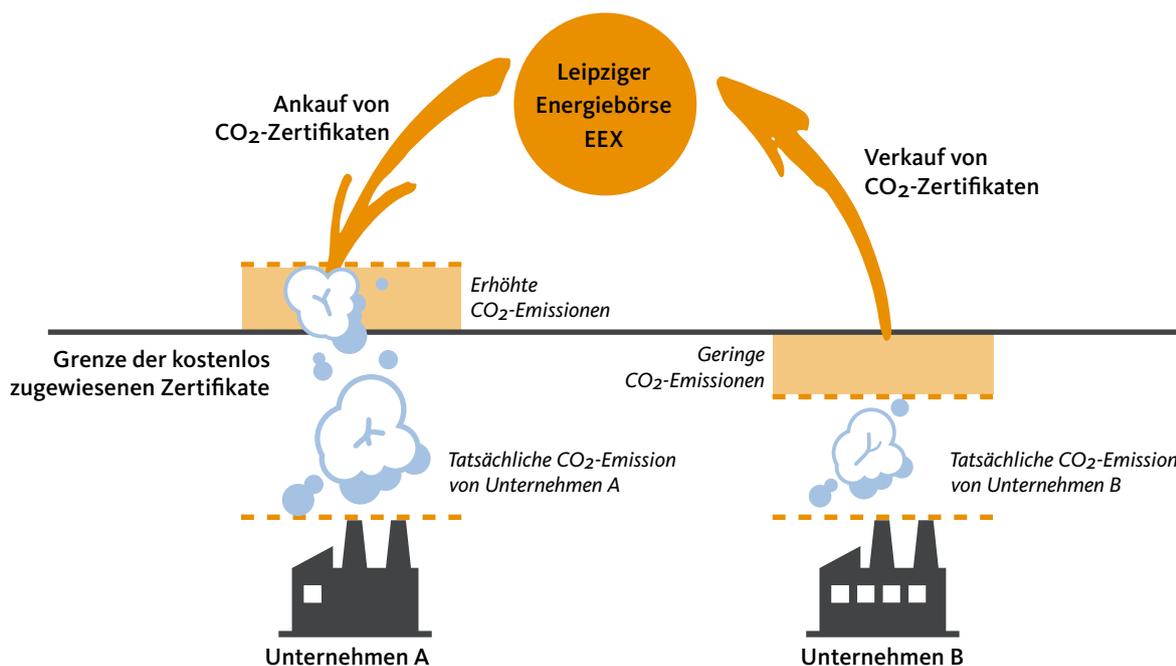
Ein marktwirtschaftlich vernünftiger Weg, den Klimaschutz über Ländergrenzen hinweg wirkungsvoll voranzutreiben, wäre dagegen die Ausweitung des EU-Emissionshandels auf weitere Sektoren wie Verkehr und Gebäude. Dazu will die MIT auf europäischer Ebene eine Verknappung des Emissionsrechteangebots erwirken. Die steigenden Preise würden dazu führen, dass bei den Unternehmen die effizientesten Maßnahmen zur CO₂-Reduktion bevorzugt durchgeführt würden. Im Gegenzug sollte beispielsweise die planwirtschaftliche Förderung alternativer Energien abgebaut werden. ●



Claudia B. Oberholz
Freie Mitarbeiterin
redaktion@mit-bund.de

So funktioniert der CO₂-Zertifikatehandel in Deutschland

Transaktion zwischen den Emittenten



EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Verbesserungen im Bankenwesen

Nachdem das Europäische Parlament im April das sogenannte Bankenpaket beschlossen hat, treten nun neue Vorschriften für Banken hinsichtlich ihrer Eigenkapitalunterlegung und Offenlegungspflichten in Kraft. Wesentlicher Bestandteil sind Maßnahmen zur Risikoreduzierung. Dabei ist es erstmals gelungen, eine klare Definition einer kleinen und nicht-komplexen Bank zu schaffen und somit das Risiko des Geschäftsmodells bei der Regulierung zu berücksichtigen. Banken, die diese Kriterien erfüllen, profitieren von konkreten Erleichterungen. Einen deutlichen Erfolg gab es auch für Mittelstandskredite. Diese müssen mit weniger Eigenkapital der Bank unterlegt werden und dienen somit insbesondere zur Unternehmensfinanzierung vor Ort und kurbeln das lokale Wachstum an.



Unklare Mehrheitsverhältnisse

Bei den Europawahlen haben CDU und CSU Verluste hinnehmen müssen. Dennoch ist die Union deutlich stärkste Kraft in Deutschland und Europa. Gegen die Christdemokraten ist im Europaparlament keine Mehrheit möglich, außer eine Koalition mit den Extremen. Statt formalen Bündnissen sind im Europäischen Parlament ebenfalls ad-hoc-Koalitionen abhängig vom Themenbereich denkbar. Für den Mittelstand ist ein handlungsfähiges Parlament aber zwingend notwendig, damit legislative Fortschritte erzielt werden. Neben den unklaren Mehrheitsverhältnissen im Parlament gestalten sich die Mehrheiten zur Wahl des nächsten Kommissionspräsidenten als schwierig. Der Europäische Rat schlägt dem EU-Parlament einen Kandidaten vor, der vom Parlament bestätigt werden muss. Aus Mittelstandssicht ist Manfred Weber die einzig richtige Option. Er gehört der größten Fraktion an und setzt sich für die Prüfung von 1000 Rechtsakten, der Modernisierung der Gesetzgebung und der Befreiung von KMU von Berichtspflichten ein.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

DSGVO-Verstöße

Erster Erfolg gegen Abmahnmissbrauch

Das Bundeskabinett hat ein Gesetz gegen den Missbrauch bei Datenschutzabmahnungen auf den Weg gebracht. Dafür hat die MIT seit mehr als einem Jahr gekämpft. „Endlich gibt es einen ersten wirksamen Erfolg“, so Vorsitzender Carsten Linnemann. „Wir hätten schon viel früher verhindern können, dass die neue DSGVO zu einem regelrechten Abmahn-Geschäftsmodell gegen Mittelständler und Vereine geworden ist.“ Die SPD habe viel zu lange auf die Bremse getreten.

Die MIT hat die Bundesregierung bereits im Mai 2018 aufgefordert, die drohenden Abmahnungen zu unterbinden. Auf Antrag der MIT hat sich zudem im Dezember 2018 der CDU-Parteitag für eine Revision der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und gegen den Abmahnmissbrauch wegen angeblicher Datenschutzverstöße ausgesprochen. Der Beschluss beinhaltet unter anderem auch die jetzt vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Einschränkung der Konkurrenten-Abmahnung.

Danach dürfen bei erstmaligen Datenschutzverstößen im elektronischen Geschäftsverkehr oder in Telemedien Abmahnungen zwar ausgesprochen werden, aber ohne Aufwendungsersatz und ohne Strafandrohung. Bei Klein- und Kleinstunternehmen und vergleichbaren Vereinen dürfen auch sonstige DSGVO-Verstöße nicht kostenpflichtig abgemahnt werden. Die MIT setzt sich für eine Ausweitung dieser Regelung auf mittlere Unternehmen, Selbstständige und Vereine ein.





Linnemann für MIT-Grundsatzprogramm ausgezeichnet

Der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann ist mit dem Wilhelm-Weber-Preis ausgezeichnet worden. Kuratoriumsvorsitzender Professor Markus Kiefer führte vor allem das neue Grundsatzprogramm der MIT als Begründung an. Bereits die ersten drei Absätze würden „dezidiert und eindrucksvoll an die Grundprinzipien und Ideen der Christlichen Gesellschaftslehre“ anschließen. Dies ziehe sich „als erkennbarer roter Faden durch das ganze Programm.“ Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) hob in seiner Laudatio das gesellschaftliche Engagement Linnemanns hervor. Der Wilhelm-Weber-Preis ist eine private Initiative und soll an den katholischen Sozial- und Wirtschaftsethiker erinnern, der zu den prägnantesten Vertretern der Katholischen Soziallehre im 20. Jahrhundert zählt.

„Ziellose Ausgabenpolitik muss ein Ende haben“

Der deutsche Fiskus kann weiter mit Rekorderträgen rechnen. Nach der neuen Steuerschätzung müssen Bund, Länder und Kommunen wegen der schwächelnden Konjunktur jedoch mit deutlich weniger Steuermehreinnahmen auskommen als bislang angenommen. Die MIT fordert deshalb von der Großen Koalition eine sofortige Umkehr in der Ausgabenpolitik. „Die neue Steuerschätzung führt uns vor Augen, dass die Zeit der ziellosen Ausgabenpolitik vorbei ist“, sagte Vorsitzender Carsten Linnemann. Er erneuerte die MIT-Forderung nach einer grundlegenden Reform der Unternehmenssteuern mit einfacheren und niedrigeren Steuersätzen. Zudem müssten Gründer in der Startphase von bürokratischen Belastungen befreit und ein digitales Unternehmenskonto eingeführt werden. Damit würden Unternehmen einen einzigen Zugang zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen erhalten. Der beste Weg, den Mittelstand zu entlasten und Dynamik freizusetzen, führt aber noch immer über eine vollständige und zügige Abschaffung des Solidaritätszuschlages.

Doppelverbeitragung: MIT erhöht Druck

Die MIT hält weiter an der Abschaffung der ungerechten Doppelverbeitragung von Betriebsrenten fest – so wie es auf dem CDU-Parteitag 2018 beschlossen wurde. Das hat MIT-Vorsitzender Carsten Linne- mann trotz der Absage von Bundes- kanzlerin Angela Merkel an einer Abschaffung wiederholt deutlich gemacht. Angesichts der knapper werden Haushaltsmittel warf Linne- mann einen Kompromissvorschlag ein: „Entweder wir halbieren die Beiträge in der Auszahlungsphase oder wir wandeln die derzeitige Freigrenze von rund 152 Euro in einen Freibetrag um.“ Dadurch würden alle Betriebsrentner ent- lastet, die heute Beiträge zahlen. Derzeit laufen auf Fraktionsebene Gespräche mit der SPD, um eine Entlastung der Betriebsrentner zu erreichen.

Viele Zuschriften erreichten uns zum Artikel „Teurer Schönsprech“ (Ausgabe 2-19). Stellvertretend veröffentlichen wir die Zuschrift dieses Lesers:

Ganz besonderes Lob gilt für Ihren Beitrag zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland im letzten Heft. Sie haben es geschafft, nüch- tern und faktenbasiert die Probleme von ARD, ZDF et al. zu beschreiben. Damit tragen Sie ganz maßgeblich zu der dringend notwendigen Diskussion über die Zukunft des öffentlich-recht- lichen Rundfunks bei. Weiter so.

Uwe Mazura, Berlin
Hauptgeschäftsführer des
Gesamtverbands textil + mode

ZWÖLF GUTE GRÜNDE ZUM MIT:MACHEN



1. UNSER KOMPASS: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Wir setzen uns für die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ein, wie sie einst Ludwig Erhard prägte.

Wir setzen auf die Subsidiarität staatlichen Handelns, die Kreativität und Eigenverantwortung der Bürger, den weitgehenden Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Privat- und Wirtschaftsleben und auf die Sicherung des Leistungswettbewerbs.



2. UNSER LEITBILD: DER EHRBARE KAUFMANN



Die MIT glaubt an das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns, zu dem das Verantwortungsbewusstsein für das eigene Unternehmen, seine Mitarbeiter und die Gesellschaft gehören. Sein Verhalten stützt sich auf Tugenden wie Nachhaltigkeit, Weitblick, Maßhalten, Entschlossenheit, Vertragstreue und Fleiß.

3. STEUERZAHLER NICHT ÜBERFORDERN

Alles hat seine Grenzen. Auch der Geldbeutel der Steuerzahler. Die Steuerpflicht darf niemanden überfordern und auch nicht dazu führen, dass Leistungsanreize geschwächt werden. Jeder Bürger muss sich darauf verlassen können, dass sich Leistung für ihn lohnt. Der Einstieg in den Ausstieg des Solidaritätszuschlags ist ein guter Anfang. Unsere Forderung lautet: Der Soll muss vollständig weg!



4. UNS IST EGAL, WIE HOCH IHR WASCHBECKEN HÄNGT



Wir brauchen nicht noch mehr Bürokratie und immer neue Dokumentationspflichten für Unternehmer. Es muss Mindeststandards für alle geben. Aber nicht alles muss geregelt werden. Der Staat sollte sich wichtigeren Aufgaben widmen als der Position der Waschbecken oder der Fensteranzahl in Büroräumen.

12 Gründe für die MIT

Im MIT:SHOP steht ein aktualisiertes Falblatt zur Mitgliederwerbung bereit. Darin werden „Zwölf gute Gründe zum MIT:MACHEN“ präsentiert. Auf der letzten Seite ist ein QR-Code sowie ein Link zum Online-Mitgliedsantrag abgedruckt. Der Flyer kann online auf www.mit-bund.de heruntergeladen oder auf www.mit-shop.de kostenfrei als gedrucktes Falblatt bestellt werden. Wichtig: Im MIT:SHOP ist eine Anmeldung mit Mitgliedsnummer nötig, damit der Flyer sichtbar wird.

8. EIN STARKES NETZWERK



Die MIT ist die stärkste und größte parteipolitische Wirtschaftsvereinigung in Deutschland. Das breit aufgestellte Netzwerk der MIT setzt sich aus rund 25.000 Mitgliedern zusammen, die einen gemeinsamen ordnungspolitischen Kompass haben: darunter Familienunternehmer, Selbstständige, Gründer und Freiberufler ebenso wie Angestellte, Beamte, Studierende und Auszubildende.



9. WIR BEWEGEN

Die MIT ist die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik – von der Gemeinde bis Europa. Allein im Deutschen Bundestag setzen sich über 150 MIT-Mitglieder als Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Mittelstand ein.



10. WIR HABEN VIEL ERREICHT



Wir haben die Flexi-Rente eingeführt, die kalte Progression abgeschafft und den Einstieg in wettbewerbliche Ausschreibungen bei Erneuerbaren Energien geschafft. Als Parteivereinigung sind wir auf CDU- und CSU-Parteitag antragsberechtigt. Immer wieder übernimmt die Union unsere Forderungen: Reform der praxisuntauglichen EU-Datenschutz-Grundverordnung, Abschaffung des Solis, oder der Entzug von Bundesmitteln für die Deutsche Umwelthilfe. Unsere Stimme hat Gewicht.

11. STARKE STIMME FÜR DEN MITTELSTAND

Die MIT hat mit Carsten Linnemann einen dynamischen und profilierten Ökonomen aus einer Unternehmerfamilie als Bundesvorsitzenden. Als Bundestagsabgeordneter und stell-



5. BEI UNS HABEN GRÜNDER UND ERFINDER EIN ZUHAUSE



Wir dürfen nicht nur die Risiken, sondern müssen vor allem die Chancen von neuen Trends und Innovationen sehen. Für Erfinder, Gründer und Wagniskapitalgeber brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen. Wir dürfen nicht auf rückständigen Regelungen beharren. Vielmehr müssen wir unser Regelwerk überprüfen und, falls erforderlich, auch an neue Entwicklungen anpassen und neue Freiheiten für alle – für alteingesessene Unternehmen ebenso wie für neue Geschäftsmodelle – schaffen.

6. DEUTSCHLAND KANN MEHR

Die MIT setzt auf Zukunftsthemen wie die Herausforderungen der Digitalisierung und der Demografie. Wir wollen einen Staat, der sich zum modernen Dienstleister für Bürger und Unternehmen wandelt. Wir geben Antworten auf den Fachkräftemangel, stehen für



eine generationengerechte Sozialpolitik und setzen uns für den Abbau von Investitionshemmnissen für Startups, Wagniskapitalgeber und beim Breitbandausbau ein.

7. SCHWARZE NULL STATT SCHULDENBERG



Der Staat muss mit dem Geld auskommen, das er über Steuern und Abgaben einnimmt. Diese vom Bund bereits 2014 erreichte Zielmarke muss ebenso für Länder und Kommunen gelten. Wir dürfen nicht länger über die eigenen Verhältnisse und auf Pump leben. Ein Großteil der öffentlichen Schulden ist versteckt: Pensionsverpflichtungen für Beamte sind in den Schuldenquoten gar nicht enthalten. Wenn der Staat Beamte einstellen will, muss er dafür – ebenso wie Unternehmen – für die betriebliche Altersvorsorge Rückstellungen bilden.

vertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist er an Gesetzgebungsverfahren aktiv beteiligt. Er ist in Wirtschaft, Politik und Medien präsent. Als Westfale ist er bodenständig und steht zu seinem Wort.



12. MITMACHEN HEISST MITENTSCHEIDEN



Bringen Sie Ihre Kompetenz und Lebenserfahrung in politische Debatten ein! Entwickeln Sie mit uns die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Bürger nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft! Transportieren Sie Ihre Meinung von der Kreisebene bis hinauf in die Landtage, den Bundestag und das Europäische Parlament. Profitieren Sie von der Stärke unserer Vereinigung, den zahlreichen Events und dem politischen und unternehmerischen MIT-Netzwerk.

JETZT MIT:MACHEN

Bei der MIT ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft stärken möchte. Das meint Familienunternehmer, Startups und Freiberufler ebenso wie Vertreter aus Großunternehmen, Verbänden, Verwaltung und Politik, Erfinder und Forscher, Studenten und Azubis. Wir gemeinsam bilden die MIT – die einzige echte politische Interessenvertretung für die Soziale Marktwirtschaft nach den Grundsätzen Ludwig Erhards.

Jetzt Mitgliedsantrag online ausfüllen
www.mit-bund.de/mitgliedschaft

oder bequem über folgenden QR-Code:



Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.5.2019)

Vechta
(Niedersachsen)
864 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Werner Lübbe

Fulda
(Hessen)
579 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Jürgen Diener

Paderborn
(Nordrhein-Westfalen)
575 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Ulrich Lange

Rhein-Kreis-Neuss
(Nordrhein-Westfalen)
460 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Stefan Arcularius

Rhein-Sieg-Kreis
(Nordrhein-Westfalen)
412 Mitglieder
Kreisvorsitz:
Andreas Stolze

Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.3.2019 – 31.5.2019)

27
Bergstraße
(Hessen)
27 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Matthias Wilkes



8
Potsdam
(Brandenburg)
8 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Ferdinand Fiedler

10
Rhön-Grabfeld
(Bayern)
10 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Adelbert Demar

16
Erlangen-Höchstadt
(Bayern)
16 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Peter Brehm

13
Wesel
(Nordrhein-Westfalen)
13 Neumitglieder
Kreisvorsitz: Christian Strunk

Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.3.2019 – 31.5.2019)

+56%
Rhön-Grabfeld (Bayern)
Kreisvorsitz: Adelbert Demar

+31%
Potsdam (Brandenburg)
Kreisvorsitz: Ferdinand Fiedler

+24%
Bergstraße (Hessen)
Kreisvorsitz: Matthias Wilkes

+29%
Erlangen-Höchstadt (Bayern)
Kreisvorsitz: Peter Brehm

+28%
Hagen (Nordrhein-Westfalen)
Kreisvorsitz: Christoph Purps



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich den Wirtschaftsmotor Mittelstand fördern, politisch mitgestalten und netzwerken möchte.“



Tobias-Werner Arts

Geschäftsführer,
MIT Wesel

... weil ich mein unternehmerisches Denken und Handeln im Kreise gleichgesinnter reflektieren möchte.“



Nicole Vocke

Raumausstatterin,
MIT Cloppenburg

... ich die unternehmerische Zukunftsfähigkeit unseres Landes mitgestalten möchte.“



Jens Urbaniak

Geschäftsführer und Gründer,
MIT Berlin-Mitte

Tobias-Werner Arts (30) ist Geschäftsführer bei der agaSAAT GmbH. Das Familienunternehmen handelt international Back-, Gewürz- und Keimsaaten und veredelt diese am Firmensitz in Neukirchen-Vluyn. Nach einer Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann und längerem Auslandsaufenthalt auf einer Leinseeds-Farm in Kanada baute er bei der Raiffeisengenossenschaft AgriV eine neue Abteilung im Energiesektor auf. 2014 absolvierte er eine Ausbildung zum Handelsfachwirt. Ab 2015 war Arts als Prokurist bei der agaSAAT für den Vertrieb und die Produktion verantwortlich. Im April 2019 übernahm er die Position des zweiten Geschäftsführers neben seinem Vater. Er verantwortet die Bereiche Verkauf, Marketing, Produktion und Qualitätssicherung.

Nicole Vocke (47) führt seit 19 Jahren ein Raumausstatter-Geschäft im Oldenburger Münsterland. Die ausgebildete Raumausstatterin war nach bestandener Meisterprüfung zunächst in verschiedenen Betrieben als Meisterin tätig. Nach einer berufsbegleitenden Ausbildung zur Betriebswirtin des Handwerks machte sie sich schließlich im Jahr 2000 selbstständig. Heute besteht ihr Unternehmen aus fünf Mitarbeitern, darunter zwei Auszubildende. Ihr Ziel sieht sie darin, das Handwerk durch individuelle und hochwertige Arbeit nicht nur beim Kunden, sondern auch in der Ausbildung am Leben zu erhalten. „Politisch und wirtschaftlich muss das Handwerk wieder attraktiver gestaltet werden, damit es nicht ausstirbt und auch für unsere Nachkommen bleibt, sagt sie.“

Jens Urbaniak (33) ist Experte im Aufbau von digitalen skalierbaren Geschäftsmodellen. Er ist Gründer von DrSmile, einem Unternehmen der Medizintechnologie, das antritt, um die ästhetische Zahnmedizin in Deutschland zu modernisieren.

Urbaniak hat bereits einige Firmen gegründet und begleitet: Vor DrSmile gründete er etwa den 24-Stunden-Concierge-Service GoButler. Davor leitete er Marketing-Teams für Rocket Internet, war Geschäftsführer der Covus-Gruppe und Mitbegründer von vertikalen Geschäftsmodellen bei Deindeal. Jens Urbaniak lebt mit seiner Frau Lara, die ebenfalls MIT-Mitglied in Berlin-Mitte ist, und seiner Englischen Bulldogge Heidi in Berlin. In seiner Freizeit läuft er leidenschaftlich gern Marathon.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

ALLES AUS EINER HAND MADE IN BERLIN RHEINBACH

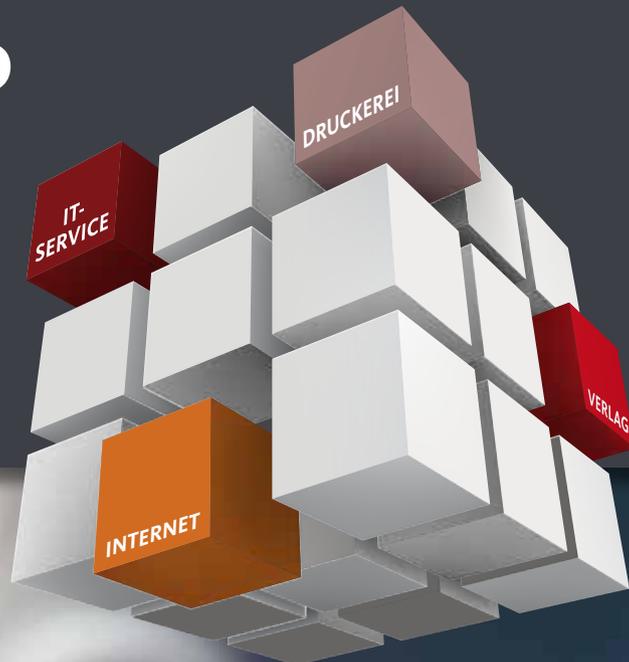


Foto: AdobeStock.com / jahnmeier



Als Medienhaus mit dem Standort Rheinbach und der Betriebsstätte Berlin sind wir stolz darauf, dass unsere Qualität in ganz Deutschland geschätzt wird.

Wie können wir Ihnen helfen?



Union Betriebs-GmbH

Rheinbach: Egermannstraße 2 | 53359 Rheinbach
Telefon 02226 802-0 | Telefax 02226 802-111
info@ubgnet.de

Berlin: Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 220 70-271 | Telefax 030 220 70-279
www.UBG365.de